

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Brauerei, 5/6,  
und durch Postbestellungen zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.90,  
wo keine Post am Orte, M. 3.30.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher  
Redakteur für die politische  
Sachverhalte oder deren Raum  
25 Pfennige,  
für Anzeigen, Inserate und  
Berichtsaussagen  
10 Pfennige,  
Kleinanzeigen 5 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 80.

Breslau, Dienstag, den 4. April 1911

22. Jahrgang.

## Der Abrüstungsantrag der Sozialdemokraten.

Der Abrüstungs- und Schiedsgerichts-antrag, den die sozialdemokratische Fraktion im Anschluß an die Debatten des französischen und englischen Parlaments im Deutschen Reichstage gestellt hat, und über den die letzten Parlamentsberichte, sowie die Leitartikel vom Sonntag informierten, finden nicht den Beifall der „Leipziger Volkszeitung“. Sie wendet sich in ihrer Freitagsnummer gegen die ganze Aktion und begründet ihre Kritik mit folgenden Worten:

Eine solche Position begibt sich eine sozialdemokratische Fraktion, wenn sie von der bestehenden Gesellschaftsordnung des Kapitalismus in der Form parlamentarischer Anträge Dinge verlangt, die innerhalb dieser Gesellschaftsordnung schlechterdings nicht durchführbar sind. Sozialdemokratische Parlamentarier werden heutzutage das heutige Lohnsystem mit höchstem Recht als die Form der kapitalistischen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kennzeichnen können. Niemals aber werden sie den Antrag stellen können, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, das Lohnsystem abzuschaffen. Ein solcher Antrag wäre unter bestehenden Verhältnissen eine Utopie, und ist selbstredend nie gestellt worden. Aber auf der selben Höhe scheint uns der Antrag zu stehen, den gestern Genosse Scheidemann begründete: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, sofort Schritte zu tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen.

Gewiß: man kann sagen, Einschränkung der Rüstungen ist noch nicht Abrüstung. Nur das letzte ist eine rein sozialistische Forderung, während die erste auch unter kapitalistischen Verhältnissen denkbar wäre. Denkbar! Ja nun! In einer imaginär-kapitalistischen Welt vielleicht, in der kontinental-kapitalistischen Welt jedoch sicherlich nicht. Herr Bethmann-Hollweg hat alle die Gründe angeführt, die einem kapitalistischen Wortführer den sozialdemokratischen Antrag unmöglich machen, und eigentlich hätte unter Redner die Rede halten müssen, die der Reichskanzler hielt. Der Sozialdemokrat hätte nachweisen müssen, daß der Kapitalismus auf den Weltkrieg hinarbeitet, daß er ohne beständige Ausdehnung der Rüstungen nicht auskommen könne, daß insoweit für ihn weder ein Stillstand noch gar eine Einschränkung der Rüstungen in Frage komme. Und gerade darin besteht die Gemeingefährlichkeit des Kapitalismus, gerade deshalb dürften die unterdrückten Massen nicht ruhen, bis der Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen und seiner menschenverderblichen Gemeingefährlichkeit zugrunde gegangen ist.

Gewiß! Das englische und auch das französische Parlament haben Resolutionen angenommen, in denen etwas von internationalen Vereinbarungen steht. Indessen diese Resolutionen sind, bei Nicht bestehen, nur allgemeine Redensarten und kamen nur zustande, nachdem schärfere Resolutionen, die sich für eine sofortige Einstellung der Seerüstungen ausgesprochen hatten, glatt abgelehnt waren. Und dann: selbst wenn dem nicht so wäre, so wäre es auch noch so. In den Parlamenten Frankreichs und Englands herrscht die Bourgeoisie. Wenn diese Bourgeoisparlamente auf einmal friedfertig geworden wären, so bewiesen sie damit nur, daß ihnen vor ihren eigenen Läten bangt. In England speziell, das hat ja der Wortführer der englischen Bourgeoisie, Sir Edward Grey, offen ausgesprochen, befürchtet man von einem Weitergehen der Rüstungen die soziale Revolution, das heißt, vom Patriotischen des gewissen englischen Bourgeoisie in die nächsterne Sprache des täglichen Klassenkampfes überführt, das Erwachen der englischen Arbeiterklasse zum Klassenbewußtsein! *Sine ille lacrimae!* Hier fließen die Tränen des Herrn Grey! Und in der Tat: er hat recht. Augenblicklich gibt es kein sicheres Mittel, das erwachende Klassenbewußtsein des englischen Proletariats im Interesse der englischen Bourgeoisie wieder einzulullen, wenn es gelänge, die wachsenden Laufen der Weltkriege für den englischen Arbeiter wieder herunterzubringen. Hier heißt es: es muß schlimmer werden, ehe es besser wird.

Bei Nicht bestehen, steht also die „Bruderhand“, die uns über den Kanal und die Vogesen gestreckt wird, eigentlich aus. Sie gleicht eher einer fetten Bourgeoisfaul. Freilich werden auch diese Bourgeoisdramatiken gegen das Weitergehen den Gang dieses Weiternehmens nicht verhindern. Dazu sind die Friedliebste, die diesen Rüstungswahnsinn herbeigeführt haben, viel zu wichtig und elementar. Und gerade diese unaussprechlichen, ins Gigantische wachsenden Ausgaben für Rüstungszwecke bilden ein der wesentlichsten Hilfsmittel, um den Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaftsordnung zu beschleunigen.

Unser Leipziger Parteiblatt ist da den Spintiflerereien eines spekulativen Kopfes zum Opfer gefallen, dessen theoretische Deduktionen sich in der Praxis gar nicht durchführen lassen. Der Grundsatz: Es muß schlimmer werden, ehe es besser wird! der hier unterblümt aufgestellt wird, fand ja früher auch gegenüber den anderen Erscheinungsformen des Kapitalismus seine Vertreter. Er entspricht dem engen Gesichtskreis des Ungebildeten, der da flucht: Es wird nicht eher besser werden, bevor nicht dem letzten Proletariat das Hemd durch die zerlumpte Hose blüht. Dieser Nationalökonom hatte sogar die Theorie auf seiner Seite, die Tendenz des ungeheueren Kapitalismus ging in dieser Richtung. Aber die wachsende Macht der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der sozialpolitische Druck unserer politischen Vertretungen durchbrach die Tendenz, und wir warten heute nicht mehr, bis es schlechter und dann besser wird, sondern sagen: Das langsame Besserwerden verbürgt die zukünftige Erlösung, heißt die Zurecht und die Siegesgewißheit des kämpfenden Heeres. Genau so verhält es sich bei den übrigen Erscheinungsformen des Kapitalismus, und über kurz oder lang muß sich der Einfluß des erwachten Proletariats auch in den Kämpfen um die Rüstungen bemerkbar machen. Die Vorarbeit dazu liegt in solchen Anträgen, wie sie in

letzter Woche vom deutschen Reichstage beraten wurden. Es wäre traurig, wenn sich die Wucht unserer organisierten Scharen nicht auch hier Tag für Tag stärker bemerkbar machen sollte, indem sie einmal von innen den Geist des Heeres durchdringt und indem sie schließlich auch Einfluß gewinnt auf die äußere Stärke des Heeresbudgets. Der Versuch, die Lasten für den Eisenpanzer des Reiches nicht mehr den Besitzlosen allein, sondern zu einem Teile auch der Bourgeoisie als ihre eigene Versicherungsprämie aufzuhalsen, birgt in sich auch den Keim einer gewissen Mäßigung, die dann eintreten muß, wenn das Risiko und die Versicherungsprämie für sie nicht mehr im rechten Verhältnis stehen.

Wie wenig diese Fragen sich nach Schema & Beurteilen lassen, dafür gibt schon die Verschiedenheit der Rüstungen in den einzelnen kapitalistischen Staaten einen Anhalt, die vorhanden ist, ehe das Proletariat seine Hände mit Erfolg in diese Gängel legt. Die Vereinigten Staaten haben ohne den Panzer des Militarismus Jahrzehnte hindurch eine viel höhere kapitalistische Entwicklung durchgemacht als etwa Rußland, und die skandinavischen Staaten haben, ohne bloße Pufferstaaten zu werden und ohne auf die kapitalistische Entwicklung zu verzichten, die Last der Rüstungen für ihre Völker durch kurze Dienstzeit und dergleichen wenigstens etwas erträglicher zu gestalten vermocht, als die Militärstaaten comme il faut. Und da sollte es der Sozialdemokratie auf die Dauer unmöglich sein, schon im kapitalistischen Staate ihren Einfluß erfolgreich dafür aufzubieten, daß auch in den großen Reichen, etwa durch Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr, eine gewisse Einschränkung der Rüstungen herbeigeführt werde?

Das heißt doch unsere eigene Kraft erheblich unterschätzen, und es heißt darüber hinaus auch, die ganze bisherige Taktik der deutschen Sozialdemokratie, ja der ganzen Internationale, als verkehrt und lächerlich zu stigmatisieren. Denn zwischen der Abwehr von Erhöhung von Rüstungsausgaben und der Forderung auf Beschränkung bestehender Militärkosten, also teilweiser Abrüstung, besteht ein prinzipieller Unterschied nicht. Wer es ein für allemal für ausgeschlossen hält, daß wir mit Erfolg für Rüstungseinsparungen wirken können, der muß es natürlich für ebenso überflüssig halten, wenn die sozialdemokratischen Fraktionen aller Länder sich gegen die Erhöhung des Militäretats mit Reden und Anträgen wehren.

Es will uns also scheinen, als wäre hier wieder einmal das grüne Leben der grauen Theorie geopfert worden und unter diesem Eindruck stand auch die Abrüstungskommission des Kopenhagener Kongresses, auf dem die vorstehend wiedergegebenen Ansichten der „Leipziger Volkszeitung“ durch den polnischen Delegierten Kappel vertreten, aber vom Genossen Ledebour mit etwas reichlicher Schärfe unter dem Beifall aller anderen Delegierten zurückgewiesen wurden.

## Politische Uebersicht.

### Die Junter gegen das Reichstagswahlrecht für Elsaß-Lothringen.

Die Kommission für die elassische Verfassungsreform hat am Freitag das Wahlgesetz für Elsaß-Lothringen angenommen, nachdem daraus das Muralwahlrecht und die Wohnpflicht beseitigt worden war. An Stelle des dreijährigen Wohnsitzes im Wahlkreis wird nur noch dreijähriger Aufenthalt im Lande als Voraussetzung des aktiven Wahlrechts gefordert, so daß sich das reichsländische Wahlrecht von dem des Reichstags nicht mehr in sehr wesentlichen Punkten unterscheidet.

Es hat sich in der Kommission gezeigt, daß keine Partei des Reichstags, abgesehen von der äußersten Rechten, zur Zeit bereit ist, ein Wahlrecht zu beschließen, das wesentlich schlechter ist als jenes des Reichstags selbst. Damit sind zwar die härtesten Bedenken gegen den Verfassungsentwurf für die Sozialdemokratie noch nicht beseitigt, denn die Kaiser Gewalt bleibt ja unantastbar und die Bildung einer ersten Kammer ist im Prinzip beschlossen, es ist aber immerhin zu erwarten, daß der Widerstand, der der Vorlage von rechts entgegensteht, künftig stärker sein wird als der von links.

Das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“, bläst auch schon zum Sturm. Hinter all dem Treiben steht aber weiter nichts als die Angst der Junter, daß ein Sieg des Reichstagswahlrechts in Elsaß-Lothringen auf die künftige preussische Wahlreform gewisse ihnen höchst unerwünschte Rückwirkungen üben könnte. Darum will, wie es heißt, auch das preussische Herrenhaus, das seinerzeit mit seiner Resolution gegen die Erbschaftsteuer die Bewegung gegen Pöhlow eingeleitet hat, jetzt auch die elassische Verfassungsreform vor sein Forum ziehen.

Das preussische Herrenhaus fühlt sich als die berufene Instanz, den Volkstämmlern des Reiches ihre Freiheitsrechte zu messen!

### Die Geldquellen der Agrarier.

Vor einigen Tagen hat das „Berliner Tageblatt“ den Agrariern vorgerechnet, welchen Betrag der Bund der Landwirte von den Reichsamergebern erhalten hat. Justizrat Platau teilt nun dem „Berliner Tageblatt“ an der Hand

gerichtlichen Aktenmaterials Tatsachen mit, die immerhin einiges Interesse verdienen.

Die „Verkaufsstelle des Bundes der Landwirte“ hat am 3. März 1909 170.000 M. aus dem erzielten Gewinn an den Bund der Landwirte abgeliefert. Das Geschäftskapital dieser Verkaufsstelle beträgt im ganzen 48.000 M. In Lantienem Kof in der Tasche der Geschäftsführer 18.765,65 M. Der Gewinn der Verkaufsstelle ist aber noch wesentlich höher, denn neben dem Reinerlöbs ist noch ein Rücklagenfonds I und ein Rücklagenfonds II geschaffen. Diese 3 Fonds weisen zusammen einen Bestand von 423.000 M. auf. Einen Betrag in der Höhe des vollen Geschäftskapitals stellt die Verkaufsstelle den Direktoren, Abgeordneten Dr. Hoffe, Major Endell und Paul Plaskuta zur freien Verfügung. Aus diesem Fonds dürfen, ohne jede Kontrolle, Zahlungen im Interesse des Bundes der Landwirte geleistet werden. Diese Einrichtung darf man mit Recht als einen Replikationsfonds des Bundes der Landwirte bezeichnen, und Justizrat Platau läßt auch durchblicken, daß aus diesem Fonds die Reisekosten jener Schaar von Bündlern bezahlt werden, die die Bundeshauptlinge in ihre Vernehmungen begleiten, um dort die Rolle der Claque zu übernehmen.

Die Agrarier verstehen es aber auch sonst, sich Mittel zu schaffen. In Schwärmerin M. besteht eine Viehverversicherungsgesellschaft a. G., die an ihre Mitglieder Sammelheften des Bundes der Landwirte versandt hat. In einem Zirkular wird vorgeschlagen, in jedem Dorf eine Sammelstelle zu errichten und freiwillige Beiträge einzunehmen. Auf je 1000 Quadratrußen Acker sollen 20 Pf. für den Wahlfonds bezahlt werden. Kleine Gewerbetreibende, die keine großen Grundstücke besitzen, müssen 1 M. für den Wahlfonds des Bundes der Landwirte abgeben. Die Gelder werden einbezahlt an die Viehverversicherungsgesellschaft a. G. auf das Konto „Bund“.

Dieser Fall dürfte kaum vereinzelt sein, denn offenbar bedienen sich die Agrarier auch anderwärts der Viehverversicherungsgesellschaften zur Eintreibung ihrer Wahlkosten. In welche Taschen die großen Mittel des Bundes der Landwirte fließen, das deckt die Korrespondenz des Bauernbundes auf, indem sie schreibt:

„Die Großagrarien hätten wirklich allen Anlaß, den Mund zu halten. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß der höchstbezahlte Beamte des Deutschen Bauernbundes noch nicht den dritten Teil der 25.000 M., die Herr Dr. Dertel von der „Deutschen Tageszeitung“ als Gehalt bekommt, seinerzeit bezieht. Der neue Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Oberpräsident v. Winterfeldt, erhält nach Zeitungsnachrichten 23.000 M. Der in den Ruhestand tretende Landesdirektor erhält sein gesamtes Gehalt von 18.000 M. weiter. Ganz toll stehen die Dinge aber in der agrarischen Spirituszentrale. Dort erhält der Reichstagsabgeordnete Preth 50.000 M. Gehalt, seine beiden Mitdirektoren dürften kaum weniger erhalten. Das Agrarierium hat deshalb allen Anlaß, den Mund zu halten und uns nicht immer wieder zu veranlassen, darauf hinzuweisen, welche Gehälter es selbst zahlt.“

Es ist übrigens allgemein bekannt, daß die agrarischen Führer außerordentlich hohe Gehälter beziehen. Was die Lohn und Koeffizient, die die Geschäfte des Bundes der Landwirte im Reichstage zu besorgen haben, jährlich einstecken, das läßt sich auch nicht annähernd feststellen. Neben den Gehältern fließen noch Lantienem, Unkosten, Reisekosten, besondere Aufwendungen usw., in ihre Tasche, so daß man mit Recht behaupten kann, daß die Führer des Bundes der Landwirte besser bezahlt sind als ein preussischer Minister. Und dieses Geschmeiß erdreißelt sich, bei jeder Gelegenheit über die Vergewandung der Arbeitergroßen durch die Sozialdemokratie zu jellern. Es kann bei der Wahl unseren Genossen sicher recht gute Dienste leisten, wenn sie darauf hinweisen, wie der Bund der Landwirte selbst den kleinsten Gewerbetreibenden und den kleinsten Landwirt besteuert und wie diese Gelder dann Verwendung finden.

**Beschwichtigung?** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ empfindet das Bedürfnis, die reaktionäre Kanzlerrede vom Donnerstag etwas zu kommentieren. Sie schreibt:

Der Reichskanzler lebte es in seiner letzten Reichstagsrede, den Großmächten ein Programm für eine Einschränkung der Rüstungen vorzulegen. Den Schiedsgerichten steht Deutschland nicht ablehnend gegenüber, es fördert im Gegenteil den Abschluß von Schiedsverträgen und wird es auch fernertun, aber Deutschland wird einer praktischen Friedenspolitik dienen, wenn es der Schiedsprechung nicht die unmögliche Aufgabe zumeißt, über die Unabhängigkeit, Ehre und Ehrenten von Staaten zu entscheiden, sondern nur Klar zu übersehen die Rechtsverhältnisse der Schiedsprechung unterwirft. Konform mit dieser Anschauung akzeptiere die Regierung den von England vorgeschlagenen Nachrichtenankunft über die Schiffsbauten, worin eine Bindung der beiderseitigen Streitkräfte liegt und durch von nur Ueberrückungen vorgebeugt werden soll, die Paniken und ein trampfhafter Weltfrieden hervorzurufen könnten. Die in- und ausländische Presse erkannte in ihrer überwiegenden Mehrheit diese Grundgedanken der Rede des Reichskanzlers guttessend an, nur eine Minderzahl erblüht in ihnen Leandern, welche einer friedlichen Entwicklung des Völkerebens widerstreben. Sie werden büding widerlegt durch die Politik, die Deutschland seit 40 Jahren geführt hat und fernertin führen wird.

Mit den allgemeinen Friedensversicherungen ist natürlich garnichts gesagt. Acht Tage vor dem deutsch-französischen und vierzehn Tage vor dem russisch-japanischen Kriege floßen die Herren Diplomaten der beteiligten Länder noch über von Friedensversicherungen. Und wenn die Schiedsgerichte nur dort wirksam sein sollen, wo klar zu übersehende Rechtsverhältnisse vorliegen, kann ist ihr Wert für die Paz! Aber auch Herr Bethmann wird einsehen, daß sich die Weltgeschichte von ihm kein Wort parufen läßt, sondern mitunter selbst über Philosophie hinwegrollt.

**Die Unterernährung der Arbeiterklasse.** Wie die „Freisinnige Zeitung“ auf Grund der Darlegungen des Reichsarbeitsblattes feststellt, hat sich gegenüber dem Jahre 1909 eine Verminderung des Fleischkonsums für eine fünfköpfige Familie um 13 Pfund ergeben. Nehme man an, daß sich der Fleischkonsum der w o h l h a b e n d e r e n Klassen trotz der Fleischsteuerung nicht vermindert habe, so könnte man ohne Uebertreibung annehmen, daß eine Arbeiterfamilie im Jahre 1910 etwa 20 Pfund Fleisch weniger habe verzehren können, als im Jahre vorher. Und dabei sei schon im Jahre 1909 eine kleine Verminderung des Fleischkonsums gegen 1908 eingetreten.

Angesichts solcher Zahlen kann nur agrarische Unberufenheit behaupten, daß von einer Fleischnot keine Rede sei.

**Der Riß im Zentrumsturm.** Die deutschen Katholiken in der Provinz Posen scheinen sich zu öffentlicher Rebellion gegen das Zentrum entschlossen zu haben. Die „Märkische Volkszeitung“ ist nämlich einem, wie sie sagt, geheimen Wahlverband gegen das Zentrum auf die Spur gekommen. Diese neue Organisation nennt sich „Wahlverband der deutschen Katholiken der Provinz Posen“ und hat ein Rundschreiben verschickt, in welchem auf die enge Verbindung des Zentrums mit den Polen hingewiesen wird und es wird dann noch weiter dargelegt, daß man sehr wohl ein guter Katholik sein könne, ohne sich politisch der Zentrumspartei anzuschließen. Die ultramontane Presse ist über diese Hebeln ganz außerordentlich empört, sie sieht einige Wahlkreise bereits gefährdet. An der Spitze der neuen Organisation stehen neben Agrariern eine Anzahl hoher Beamter.

**Landtagswahlwahl in Württemberg.** Durch den Tod des bündlerischen Abg. Immenhöcker ist im württembergischen Oberamt Febrara eine Ergänzung zur zweiten Kammer notwendig geworden. Der Wahlkreis, in dem 1907 bei den allgemeinen Landtagswahlen 2869 bündlerische, 1585 sozialdemokratische und 1108 sozialistische Stimmen abgegeben wurden, geht zu den stark gefährdeten Positionen des Bauernbundes. Wegen der Wertschätzung der ländlichen Bevölkerung gegen die volkreindliche Politik d. B. B. und der zunehmenden Industrialisierung des Bezirks ist die Niederlage der B. B. nicht unmöglich. Für den Bauernbund kandidiert der Reichstagsabgeordnete Roth, der eine neue Reichstagskandidatur abgelehnt haben soll; für die Sozialdemokratie wird wahrscheinlich Genosse Schumacher-Frenschbach wieder aufgestellt werden.

**Beamtenbeförderung in Stuttgart.** In der Stuttgarter Gemeinderatsversammlung wurde eine Gehaltserhöhung für die Beamten beschlossen, die jährlich 600 000 M. erfordert. Die beiden Zentrumsparteien stimmten dagegen. Der sozialdemokratischen Fraktion ist es gelungen, wesentliche Verbesserungen für die Unterbeamten durchzusetzen. Die Aufbesserung hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar d. J. ab.

**Der beleidigte Bruch.** Vor dem Schöffenstuhl in Berlin-Mitte sollte am Freitag ein Beleidigungsprozeß beginnen, den der Verleger der „Wahrheit“, der antisemitische Abg. Bruch gegen das „Berl. Tageblatt“ angehängt hat. Er fühlte sich beleidigt durch Artikel, die sich mit dem Dohleprozeß beschäftigten. Die Verhandlung wurde verlagert, da die Akten aus dem Bruchprozeß herbeigeschafft werden sollen.

**Der Kampf um die Freizugsgesetze, die der Schöffenstuhl** gestrichen hat, wird am heutigen Montag im Reichstag mit aller Schärfe wieder einleiten, nicht sowohl von sozialdemokratischer, wie auch von fortschrittlicher Seite die Wiedererrichtung der gestrichenen Stimmen in den Etat verlangt wird.

**Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhanes** hat die von uns als wahrscheinlich bezeichneten Bestimmungen angenommen. Als bezeichnend für den Geist der Mehrheit ist anzuführen, daß die Fraktionen verpflichtet sein sollen, dem Präsidenten nicht nur ihren Vorstand und jeden Wechsel im Vorstand, sondern auch ihr Parteiprogramm und jeden Ein- oder Austritt von Mitgliedern bekannt zu geben.

**Der nationalliberale Zug nach dem Osten.** Die Nationalliberalen haben den Abg. Hagemann, einen der führenden Reichsbündler, nach Czernowitz in Ostgalizien entsandt, wo er in einer großen Versammlung den Konföderation die Führe anführt. Die Versammlung stellt auch sofort einen Kandidaten in der Person des Bürgermeisters Mey-Dietelburg auf. — Der Reichstag, der in früheren Jahren dreimal einen Fortschrittler gewählt hat, wählte gegenwärtig der konservativen Bündler Rogalla v. Bieberstein.

**Zur reichsländlichen Verfassungsfrage.** Nach einer anscheinend offiziellen Auslassung der „Allgemeinen Zeitung“ ist die eckel-losigkeitsige Verfassungsfrage schwer gelöst. Gegenwärtig schweben Erwägungen über eine Lenkung der Bestimmungen über die Aufenthaltsgesetze in den Reichsländern, weitere wesentliche Änderungen der grundsätzlichen Bestimmungen seien jedoch ausgeschlossen, namentlich ein Verzicht auf das Vorkaufsrecht.

Nach dem „V. L.“ wird bei dem konservativen Vorstoß gegen den Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg im Reichshaus in Sachen der Gewährung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen Volko Eulenburg der Sprecher der Konserverativen sein.

**Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.** Das Abgeordnetenhaus nahm am Sonnabend in dritter Lesung den Gesetzesentwurf über die Polizeiverwaltung in den Bezirken Arnshberg, Hildesfeld und Münster an. Genosse Liebknecht, dem die Mehrheit bei der zweiten Beratung das Wort abgenommen hatte, benutzte die Gelegenheit und wies dem Zentrum nach, daß es tatsächlich wiederholt die Interessen der Arbeiter vertreten habe und auch jetzt wieder im Begriff stehe, ein arbeitereindliches Polizeigesetz zu schaffen. Im übrigen erledigte das Haus nur kleinere Vorlagen. Auch am Montag stehen nur unbedeutende Vorlagen auf der Tagesordnung. Die einzige größere Vorlage, die noch ihrer Erledigung in erster Lesung harret, die rheinische Gemeindeordnung, soll erst nach der Rheinreise beraten werden.

**Der Reichstag** berendete am Sonnabend die zweite Lesung des Etats. In einer Sitzung wurden erledigt die Etats der Abte und Steuern, der Reichsschatz, des Reichsschatzamt und des Reichsgeld. Vier Stunden verwarf man auf eine Pfastersteinbehalte, eine späte Abendstunde hatte man für die schwer geschädigten Tabak- und Zündholzarbeiter übrig. Die Zollmehrheit unter Führung des Reichsparteilers Brunnermann nahm eine Resolution an, einen Pfastersteinamt an. Allgemeine wirtschaftspolitische Erörterungen, an denen sich von Stelle mitkam beteiligten, verhielten sich mit der Debatte über den Pfasterstein. Die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zu Gunsten der Tabak- und Zündholzarbeiter zu treffen, wurde von den Genossen Geyer und Brenz überzeugend für jedermann dargelegt, nur nicht überzeugend für die Reichstagsmehrheit, die die schmerzlichen Antidote unserer Situation verwarf und mit Mühe und Not dazu gebracht werden konnte, einen allgemeinen politischen ordnungliberalen Antrag anzunehmen, gegen den jedoch sogar auch noch der Kern des Unselblos, die deutsch-konservativen Janter stimmten.

### Ausland.

#### Die deutschböhmischesozialdemokratische gegen den tschechischen Separatismus.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die auf völlige Zerteilung aller gemeinsamen Einrichtungen der österreichischen Arbeiterchaft gerichteten Bestrebungen führender tschechischer Parteigenossen schließlich auch die aufrechtig auf dem Boden der internationalen Gemeinschaft stehenden deutschen Genossen zur Gegenwehr herausfordern mußten. Obwohl es gerade für die Deutschen besonders heikel ist, in einem Streit, der sich angeblich gegen die Besetzung durch die deutsche Partei richtet, Stellung zu nehmen, machten es, nächst den Gewerkschaftern aller nicht auf die nationale Zerteilung eingeschworenen Nationen, einschlächtig der tschechischen Zentralkomitee die praktischen Bedürfnisse des proletarischen Zusammenlebens gerade den böhmischen Genossen heutiger Junge zur Notwendigkeit, eine ernste Gegenwehr gegen die Zersplitterung und nationale Verhinderung der Prager Nationalhelden einzuleiten. Auf dem Bodenbacher Parteitag der deutschböhmen kam, trotz aller Mahnungen Viktor Adlers und Dr. Bauers, des Sozialisten für nationale Frage, diese Stimmung zum Durchbruch. Die Resolution der Landesvertretung wandte sich scharf gegen alle Zersplitterungsbestrebungen, die den internationalen Genossen gegenüber die Widerstandskraft der Arbeiter schwächen, betonte aber, daß trotz diesem Gegenstand man dem tschechischen Proletariat keine Waffenüberbrückung habe. In der Diskussion kamen weit schärfere Ansichten zum Ausdruck. Es wurde verlangt, mit den politischen Führern, die diese Zersplitterung betrieben, ja Demagogen und Streikbrecheragenten unter sich duldeten, reinen Tisch zu machen. Man könne nicht mit Leuten, die man als gewerkschaftlichem Gebiet so scharf bekämpfen müsse, politisch zusammenarbeiten. Auch wurde betont, daß es sich nicht allein um gewerkschaftliche Streitfragen handle. Werde doch auch in die Genossenschaften, Krankenkassen, in alles, was Arbeiterbewegung heißt, der Zwiespalt hineingetragen. — Ein Antrag zur Resolution der Landesvertretung, der die Unterstützung der tschechischen Zentralkomitee forderte, wurde mit Rücksicht auf die Lebensbedürfnisse der von einer Einmütigung warnte und eine Sprengung der gemeinsamen Fraktion ablehnte, dahin abgeändert: „alles daranzusetzen, um die tschechische Arbeiterchaft über die Schädlichkeit des Separatismus aufzuklären.“ In dieser Fassung mit Zustimmung des Referenten Seiger, des Vorstehenden der Landesvertretung angenommen.

**Einrichtung des Attentäters.** Der Mörder des Oberleutnants v. Schlichting wurde Sonnabend früh handbreitlich erschossen. Gegen acht Uhr nahm das gesamte Mobellregiment mit dem Musikkorps (!) am Wege nach Therapia auf dem Hochplateau hinter dem Freiheitsbühl und dem Jibis Aufstellung. Zugewand waren, der Divisionen- und Brigadekommandeure, sowie von deutschen Militärreformern die Oberleutnants Zeit und Sauer. Der deutsche Militärattache wohnte der Exekution nicht bei. Dagegen fiel es auf, daß der englische Militärattache in Jibis aufschaute. Nachdem der Albanese Hadschi bin Bairam unter Aufsicht des Regimentskommandeurs vollzogen hatte, wurde er durch ein Kommando von zehn Mann erschossen. Neun Kugeln trafen ihn in die Brust, die zehnte fehlte. Bairam war sofort tot. Er starb ruhig und gleichmütig. Fünf Schuß durchbohrten das Herz des Mörders; Oberleutnant Zeit, sowie die tschechischen Briefe fragten den Mörder noch im letzten Augenblick, ob er es bereue, seinen unschuldigen Kommandeur erschossen zu haben. „Nein“, war die kurze und ruhige Antwort des Mörders.

Resul ist also in der festen Ueberzeugung gestorben, für seine persönlichen Ehre in den Tod gegangen zu sein.

**Demission des spanischen Ministeriums.** Das ganze Ministerium Canalejas hat seine Entlassung gegeben. Die Haltung der Epigen des Heres war auskollaggebend für die Entschiedenheit des Rabinetts. Die Erregung ist ungeheuer. — Im Ministerat brach die Kritik aus, als der Kriegsminister, der tags vorher Laciao im Parlament umarmt hatte, den Abbruch der Heres-Verhandlungen als Forderung stellte. Einige Minister stimmten ihm bei. Darauf dankte Canalejas ab. Die Lösung der Krise ist nach nicht zu übersehen. Canalejas' Verbleiben ist bei Neubildung des Rabinetts nicht ausgeschlossen, obwohl General Weyler als kommandierender Mann viel genannt wird.

Die Ministerkrise ist ziemlich überraschend gekommen. Man wußte allerdings seit langem, daß die militärischen Elemente dem Heres-Projekt feindselig gesinnt waren, aber man glaubte, daß ihre Wünsche lediglich platonisch waren und hoffte, daß der Kriegsminister sich mit dieser militärischen Tendenz nicht solidarisch zeigen würde. General Agnar, der Kriegsminister, aber unterwarf sich den Protesten seiner Untergebunden und seine Haltung war es, die im Ministerat zur Demission des Rabinetts führte. Die Situation ist außerordentlich verwickelt. Die republikanischen und sozialistischen Deputierten haben gestern Abend schon Verhandlungen abgehalten, in denen beschlossen wurde, unter allen Umständen die Heresdebatte schon von der ersten Sitzung an in der Kammer fortzusetzen.

### Parteiangelegenheiten.

**Polizeiliche Durchsuchungen** fanden im Auftrage der Staatsanwaltschaft in Weimar, in der Redaktion der „Weimarer Volkszeitung“ in Jena, wie in der Redaktion und Druckerei der „Neuzeitlichen Tribune“ in Gera statt. Gesucht wurde nach dem Manuskript eines Brilletons, das eine Gotteslästerung enthielt; gefunden wurde nichts.

### Arbeiterbewegung.

**Streik der Holzarbeiter in Posen.** Sämtliche Bau- und Möbelschler, die Holzarbeiter sowie die Schlosser der Firma Ferdinand Wendler & Sohn in Posen haben beschlossen, am Montag, den 3. April, in den Streik zu treten. Es kommen ca. 250 Arbeiter in Betracht. Die Arbeitsniederlegung geschah deshalb, weil der Direktor Pochardt sich weigerte, eine Regelung der Arbeitsverhältnisse durch einen einheitlichen Vertrag vorzunehmen. Bisher bestand ein solcher nur für die Danischler. Die Konjunktur im Posener Holzgewerbe ist gut; sie wird durch die Deutsche Auslieferung noch begünstigt. Deshalb ist anzunehmen, daß die Differenzen nicht allzulange bestehen werden. An dem Streik beteiligen sich der Deutsche Holzarbeiterverband, der polnische Berufsverband und der Gewerksverein der Holzarbeiter (S.-D.). Sämtliche Arbeiter sind organisiert. Vor Zugang wird gewarnt.

**Neues vom Holzarbeiterkampf in Hamburg.** Bisher hat sich die Zahl der Streikenden nicht vermehrt. Von den 1107 Holzarbeitern, die insgesamt in den Streik traten, ist eine große Anzahl Verheirateter anderweitig untergebracht worden. Und zwar in Stellen, die von ledigen Kollegen verlassen wurden. Von den Unternehmern war demgegenüber worden, daß die Masse der Holzarbeiter vom paritätischen Arbeitsnachweis nichts wissen wolle, wegen des Nachweises würden die Holzarbeiter nicht kämpfen. Die Streikleitung

## Maria Hendrina von Goch.

Kavalle von Louise Schulze-Brück.

(Madam verboten.)

Der Doktor kam jetzt. Der kleine, dicke, alte Herr war sehr gewöhnlich. Früher sah er durch seine runden Brillengläser auf Hendrina:

„Die natürliche Reaktion nach der großen Erregung.“ Er verschrieb ein niedererschlagendes Mittel, ein Schlafmittel. Und im übrigen sollte man sie ruhig liegen lassen, der Schlaf und damit die Ausgleichung würde bald kommen. Nur Ruhe, Ruhe.

Hildegard schickte sie dann alle hinaus. Der alte Herr Endert ging eilig davon. In seinem „Schwiegertochter“, wie Hendri bitter dachte. Um sich zu überzeugen, daß die Verlobung nicht aufgehoben werden mußte.

Er ging in der Dunkelheit langsam hinaus nach der Maria Hendrina. Auf halbem Wege kam ihm jemand entgegen entgegen. Es war der Rittmeister. Er hatte es schon gehört, auf den Schritten hatten sie schon erzählt. Und er dachte jetzt augenblicklich an Ann: „Das Kind, es ist ein Kind auch sie postiert.“

„Doch beruhigte ihn. Da stand er tief auf. Und was es denn da gottverfluchten Gramschreier gegeben?“

„Doch sah ihn erkannt an. Was machte der denn?“

„Na ja, ich kann mir denn doch vorstellen, daß Sie den in der Hand haben.“

„Doch gab ihm Antwort. Aber der Alte ließ nicht locker. Und Herr in seinem Joke und seiner Not ließ sich von ihm abwürgen.“

„Ich schloß an die Knochen lappt, — ich macher an sie kein, wie Goch“, murmelte ungerührt, der alte Herr.

„Doch erwiderte.“

„Herr, wasches! Das läßt Sie nicht!“ Er hatte Mühe, den Alten her zu ziehen, daß er sich nicht mehr. Endlich sah sie es an sich selbst:

„Na ja, — na ja! Ich lassen es in Hand! Antwort: „Ich war mir auch einmal hier erkrankt.“

das Schiff zurück. Die Enge dort, die Enge, die Einseitigkeit, alles hatte ihn bedrückt, er fürchtete sich davor. Unruhig ging er am Ufer auf und ab, wühlte entfernt von den noch immer unruhiger wachenden Menschen. Er kam hinunter bis an die Rabe, stand auf der Eisenbahnbrücke und sah mit einer Art Grauen hinaus nach der Stelle, wo sie vor ein paar Stunden in so graufiger Todesgefahr gewesen war. Das Rabinetts hatte sich nicht beruhigen können. Es hatte sich teils auf das Rheinische geeinigt, teils im engen Flußbett auseinandergeleitet oder es in die Uferstraße geschoben. Dort lagen die wohl mehrfachen schweren Wände übereinander wie Baumstämme, mit denen ein Kind gespielt hätte. Ihm schwebte. Da hätten sie nun auch liegen können, verkommen, zerfallen. Und was sollte man machen? Er wußte es nicht, er sah keinen Ausweg. Er ging auf der Brücke auf und ab, er zermarterte sich seinen Kopf.

Das Rabinetts nach Anhalten des Eises wurde ihm unerträglich. Er fühlte wieder den Weg nach der Stadt ein, aber er wollte nicht am Rheinufer bleiben. So fand er sich in der stillen Reinger Straße mit einem treibenden Schwallen, der ihm doch nicht klar von dem Schwallen kam. Denn als er vor einem Hause stand, war der erhabene Fenster, da entpuppte er sich darauf, daß er eigentlich zu dieser Hendrina hinaufstarrte. Da dachte, daß er eigentlich zu dieser Hendrina hinaufstarrte. Da dachte, daß er eigentlich zu dieser Hendrina hinaufstarrte. Da dachte, daß er eigentlich zu dieser Hendrina hinaufstarrte.

„Doch gab ihm Antwort. Aber der Alte ließ nicht locker. Und Herr in seinem Joke und seiner Not ließ sich von ihm abwürgen.“

„Ich schloß an die Knochen lappt, — ich macher an sie kein, wie Goch“, murmelte ungerührt, der alte Herr.

„Doch erwiderte.“

„Herr, wasches! Das läßt Sie nicht!“ Er hatte Mühe, den Alten her zu ziehen, daß er sich nicht mehr. Endlich sah sie es an sich selbst:

„Na ja, — na ja! Ich lassen es in Hand! Antwort: „Ich war mir auch einmal hier erkrankt.“

Vor einer Weinstube machten die beiden Halt. Der alte Herr Endert zögerte einen Augenblick, aber dann ging er doch mit hinein. Jetzt feierten sie die glückliche Errettung, und der Georg Werner, der befrüchte den Alten ganz und gar. Der nahm ihn bei seiner Gabsucht, bei seinen Plänen mit dem Schiff, Ach, mochte doch der Alte seinen — Beertz — Anteil ruhig nehmen, er würde ihn nicht hindern. Er würde ja ohnehin nicht bei ihm bleiben, wenn die Hendrina wirklich den Georg Werner heiratete.

Beertz von Endert schaute laut auf. Vor seinen Augen waren plötzlich Haus und rote Funken, er fühlte, wie der Boden unter ihm schwankte. Herrgott, was war das nur. Ganz schwach wurde ihm ja. Freilich, er hatte noch nichts genossen seit heut' Mittag, und er fühlte plötzlich, wie seine Seele ganz verflucht war. Er mußte einen Schluck trinken, etwas essen. Und er wollte auch unter Menschen sein, wollte seine Gedanken los werden. So ging er ein Stück weiter, die Gasse hinunter, wo eine kleine Wirtschaft war, in der man einen guten Schoppen bekam.

Als er hertrat, wurde er mit Hallo empfangen. Ausgesprochen sollte er erzählen, wie alles zugegangen war. Aber was war da zu erzählen. Das Eis war gekommen, ja schnell, daß es sie einflöß, — dann hatte man sie von der Rauer aus in Sicherheit gebracht.

„Antwort der Amerikaner ist doch noch unterwegs Eis Lomme“, tief jemand. „Der hot-doch noch a Klätsche funne, wo a hot durchschluppe Wanne.“

Beertz antwortete unbedeutend. Sie fragten auch nicht weiter. Sie sprachen über die Gefahren des Essens, jeder wußte eine Geschichte zu erzählen.

Beertz sah sich dabei. Er versuchte zu essen, aber jedes Bissen quoll ihm im Munde. Er schmeckte auch nicht den Wein, den er herunterschlürfte, er trank, weil seine Seele drammte wie Beertz. Und wie Feuer brannte es auch in seinem Geseh, und die dumpfen schweren Gedanken in seinem Kopfe bohren und nagten und peinigten ihn. Dann plötzlich hatte er einen Gedanken. Letzte Seite mußte kommen. Dort wußte, wo ein goldenes Herz unter ihrem schwarzen Wefen verborgen war. Er wollte ihn schreiben, gleich heute Abend oder besser noch, er wollte morgen früh selbst noch Wahre schreiben und sie lesen.

Er sah lange so. Andere Gäste kamen und gingen, er wurde gefragt und erzählte mäßig, was man von ihm mit sich brachte. Es war wohl Bett heimzugehen auf Schiff. Aber ihn schwebte davor. Er wollte seinen Dehn nicht sehen und sprechen, nichts von ihm hören. Denn der alte Herr Endert war getrunken hatte, dann wurde er geschwätzt und fand kein

(Fortsetzung folgt.)

tege nun Wert darauf, darüber Klarheit zu schaffen und verlangte eine geheime Abstimmung der Angehörigen derjenigen Branchen, für die die paritätische Arbeitsnachweise bisher obligatorisch war. Die Abstimmung ergab 2888 Stimmen für die Beibehaltung des paritätischen Arbeitsnachweises und nur 88 dagegen. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, den Kampf solange zu führen, bis der Nachweis von den Unternehmern anerkannt wird.

Der Arbeitgeberverband hat dem Vollzugsbeamten bekannt gegeben, daß für jede Anleihe wegen Verhaftung Arbeitswilliger durch Streikposten, wo der Täter gerichtlich belangt werden kann, eine Prämie von 25 bis 50 Mark durch den Arbeitgeberverband gezahlt wird. Es wird sogar behauptet, daß bei der Parolenausgabe den Streikposten dieses mitgeteilt ist. — Alle diese unmöglichen Kampfmittel werden den Arbeitgebern nicht nützen, wenn die deutschen Sozialarbeiter den Kampf streng fernhalten.

**Schuhmacher-Lohnbewegung.** Die Schuhmacher in Hannover-Linden und in den Vororten haben beschlossen, am Montag, den 3. April, in den Streik zu treten. An der Lohnbewegung beteiligt sich außer dem Zentralverband der Schuhmacher auch die christliche Organisation. Zugzug ist fernzuhalten.

**Der Tarifkampf in der Chemnitzer Metallindustrie.** Die bürgerlichen Blätter von Chemnitz verbreiten ein Telegramm, wonach der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sich mit dem Chemnitzer Bezirksverband solidarisch erklärt habe und nötigenfalls eine Ausperrung über ganz Deutschland verhängen wolle. Dieses Telegramm war eine Fälschung der bürgerlichen Presse im Dienste der Chemnitzer Schachtmacher. In Wirklichkeit hat der genannte Verband nur eine Untersuchungskommission eingesetzt, die sich über die Lage der Streikbewegung orientieren soll. Die Kommission wird nur konsultieren können, daß die Chemnitzer Metallarbeiter weiter nichts fordern als das, was in allen Großstädten außer Chemnitz bereits besteht. In sechs großen Versammlungen brachten die Streikenden und Ausgesperrten zum Ausdruck, daß sie an die große Ausperrung nicht glauben und, wenn sie zur Lastade wird, sie sich nicht fürchten. Fest und zusammengeklüffelt stehend gebeten sie nicht, sich der Unternehmerwillkür zu unterwerfen.

**Matrosenrevolte als Fortsetzung.** In den Unterwekharer (Bremervorort), Lehe, Geestemünde) streikten die Lapezierer, Fabrikant Mauritianus in Lehe hat sich von der in Bremerhaven garnisonierenden Matrosenabteilung getrennt für seine streikenden Arbeiter aufzukommen lassen. Von der Organisation wurde telegraphisch Beschwerde beim Marineinspektionskommando der Nordsee in Wilhelmshafen erhoben. Die Antwort wird ja zeigen, ob Marinekolonnen für bedrückte Unternehmern mit nichts die nichts als billige und willige Hausknechte tätig sein dürfen.

**Tarifabschlüsse im Baugewerbe.** Für den Lohnbesitz in der Provinz Brandenburg ist zwischen den Arbeitgebern des Baugewerbes und dem Zweigverein des Bauarbeiterverbandes ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, der bis 31. März 1913 Gültigkeit hat. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und der Lohn erhöht sich fortum 3 Pfa., der nun 40 Pfa. pro Stunde beträgt. An den Sonnabenden ist eine Stunde und an den Tagen vor den hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend.

**Kämpfe im Ausland.** In Verviers (Belgien) streikten seit dem 18. Februar 2500 Arbeiter, die den Bestreidungstag und eine Lohnreduktion von 50 Cts. pro Tag verlangten. — Der Buchdruckerstreik in Charleroi (Belgien) ist bis auf vier Firmen erfolglos beendet; in Verviers dauert die Lohnbewegung an. In Lüttich haben bisher 229 Firmen mit 220 Beschäftigten bewilligt, während 24 Firmen mit 88 Beschäftigten sich den Forderungen der Gewerkschaften — es handelt sich vornehmlich um die Anerkennung des Neuntageslohn — noch widersetzen. — In Linne (Belgien) wurden 600 in Baumwollspinnereien beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, als sie auf einer ihnen versprochenen Lohnreduktion bestanden. — In Portugal stehen die Glasarbeiter aller größeren Werke in einem verwegenen Kampf. Die Unternehmer versuchen, durch Agenten Arbeitswillige aus dem Ausland heranzujagen. — In Nord-Stathordshire (England) reichten 1000 Töpfer und Porzellanarbeiter die Kündigung ein wegen Lohnstreikigkeiten. — Der Streik der 13.000 Bergarbeiter in Südwales, unter denen große Not herrschen soll, dauert nun schon 6 Monate, doch sind die Streikenden entschlossen, nicht nachzugeben.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Der Kampf um das Erbe Wassermanns.

Wassermann, dem es bekanntlich nach vielen Obhussfahrten endlich gelungen ist, einen Wahlkreis zu finden, hinterläßt ein Erbe, um das ein eigenartiger Kampf entbrannt ist. Als man bei der letzten Sottentottenwahl den Wahlkreis Frankfurt-Lebus für den nationalliberalen Führer nicht mehr für ganz sicher hielt, bot die Wladpaarung ihm in dem Wahlkreis Rothenburg-Soyerswerda in Schlessen einen „absolut“ sicheren Kreis. Es war eine Domäne der konservativen Partei, jahrelang durch den Grafen Armin-Muslau vertreten, der, nebenher gesagt, der Urheber der berühmten Worte: „Der Vater hat alles verlorfen!“ ist. Mit Hilfe der Freisinnigen (Nationalliberale kannte man damals überhaupt nicht im Kreise) wurde dann Wassermann mit 1397 Stimmen gewählt gegen 4845 sozialdemokratische und 810 Zentrumstimmen.

Nunmehr glaubten die Freisinnigen das Erbe Wassermanns antreten zu können. Sie präsentierten einen Gutsbesitzer Scheumann aus Niklassee und glaubten mit diesem Kandidaten einen der Nationalliberalen genehmen Mann gefunden zu haben. Die Konservativen stellten den Landrat Dr. Hegenheider-Soyerswerda auf und buhlten ebenfalls um die Gunst der Nationalliberalen, und zwar mit Erfolg. Die Freisinnigen erzielten von den Nationalliberalen einen Nob. In einer Sitzung des Nationalliberalen Vereins für den Wahlkreis Rothenburg-Soyerswerda wurde beschlossen, folgenden Brief an den Freisinnigen Verein zu senden:

Im Namen des Ausschusses unseres Vereins teile ich Ihnen mit, daß wir es ablehnen, die Wahl des Herrn Scheumann als Reichstagskandidaten zu unterstützen.

**E. Krauß, Amtsgerichtsrat, Vorschauungsbevollmächtigter.**

**Nationalliberaler Verein für den Wahlkreis Rothenburg-Soyerswerda.**

Als die Nationalliberalen lehnern ein Zusammengehen mit dem Freisinn im Kreise für die Reichstagswahl rundweg ab. Zweifellos werden sie mit den Konservativen Hand in Hand gehen. Das kam auch in einer konservativen Versammlung in Soyerswerda zur Sprache. Man bietet den Nationalliberalen dafür das Mandat des verstorbenen Landtagsabgeordneten Lude. Also im einzigen Wahlkreise Wassermanns werden die Nationalliberalen auf Grund eines elenden Aufhauens den schwarzen Blod herausgehauen.

Nun ist aber im Wahlkreise in seiner wirtschaftlichen Struktur eine wesentliche Veränderung vorgegangen. Er hat sich in den letzten Jahren außerordentlich stark industrialisiert. Da ist der Hauptort Weiskammer, dessen Einwohnerzahl infolge der mächtig aufblühenden Glasindustrie ganz rasch auf 13.000 angewachsen ist. Außerdem sind noch eine ganze Reihe ehemalige kleine Dörfer zu Industriearbeiten geworden. Kleine Landwirte wurden proletariert und arbeiten nun in den Kohlengruben oder Glasfabriken, und zahlreiche bisher zurückgebliebene Boden kommen in Verbindung mit der Industriearbeiterkraft. Partei- und Gewerkschaften sind nicht müßig gewesen und haben die günstige Situation weidlich ausgenutzt.

So ist eine erhebliche Zunahme unserer Stimmzahl zu erwarten, und es liegt bei der Haltung der Nationalliberalen sehr nahe, daß wir mit den Konservativen in Stichwahl kommen. Es würde also nach freisinniger Ansicht eine sogenannte „saubere Stichwahl“ geben, und es liegt dann an den Freisinnigen, wenn der Kreis wieder in die Hände der Konservativen kommt.

**Schlesien ist die Galtuna der Nationalliberalen in diesem Kreise.**

**Schweidnitz, 2. April.** Aufsetzung zum Maschensack sollte Genosse Zimmer-Breslau nach Ansicht des Polizei-Inspektors Lehmann aus Striegau und der Schweidnitzer Staatsanwaltschaft begangen haben, weshalb er sich am 31. März vor der Strafkammer in Schweidnitz zu verantworten hatte. Aber es kam anders, als es sich wohl Polizei-Inspektor Lehmann vorgestellt hatte, und, um es vorweg zu sagen, Genosse Zimmer wurde glatt freigesprochen.

Am 25. Oktober vorigen Jahres sprach Genosse Zimmer in einer öffentlichen Versammlung im „Fürst Bismarck“ in Striegau über „Die Arbeiterkrawalle und deren Lehren“. Polizei-Inspektor Lehmann als überwachender Beamter hatte sich die ihm am wichtigsten erscheinenden Sätze aus Zimmers Vortrage notiert und besonders hervorgehoben, daß Zimmer gesagt habe: „Wenn die Arbeiter alle organisiert seien, wäre es ein leichtes, eine Revolution zu machen wie in Portugal und die schwarze Gesellschaft herauszuschmeißen.“ Daß Zimmer solchen Unsinns geredet haben sollte, behauptete in der Verhandlung auch wieder der Polizei-Inspektor. Trotzdem ihn der Vorsitzende darauf hinwies, daß er sich doch geirrt haben könne, erklärte er im Brustton der höheren Ueberzeugung: „Ein Fretum ist ausgeschlossen.“ Die Aussagen der Entlassungszeugen versuchte er schon im voraus zu entkräften, indem er sagte, diese werden alle das Gegenteil aussagen, seien sie doch alle die bekanntesten und besten Agitatoren der Sozialdemokratie in Striegau. Selbstverständlich konnten die sieben anderen Zeugen, die vernommen wurden, bekunden, daß Zimmer nicht derartigen Unsinns gesprochen, sondern das Gegenteil gesagt habe. Ferner sollte nach Ansicht der Anklagebehörde ein Staatsverbrechen darin bestehen, daß Zimmer besonders den Mäthern geraten hatte, ihren Kindern zu Weihnachten keine Bleisoldaten, Säbel und Gewehre zu schenken, um sie durch die Handhabung der Waffen nicht an Kugeln zu gewöhnen und dann eventuell bereit seien, auf Vater und Mutter zu schießen.

Der Staatsanwalt hielt, trotzdem sieben Zeugen klar und bestimmt das Gegenteil der Aussage des Herrn Polizei-Inspektors bekundet hatten, die Anklage aufrecht, und stützte den Herrn Polizei-Inspektor als einen schlichten Beamten hin. Er beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte noch unbestraft ist, nur 300 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Gansmann als Verteidiger des Angeklagten ersuchte die Argumente des Staatsanwalts in markanter Weise und bezeichnete das Verhalten des Herrn Polizei-Inspektors, daß bei ihm ein Fretum ausgeschlossen ist, als eine Vermessenheit. Er beantragte Freisprechung, und wenn das Gericht sich hierzu nicht entschließen könne, dann stelle er den Eventualantrag, die Herren Professor Sombar und Reichstagsabgeordneter Schräber als Gutachter zu vernehmen, daß die Sozialdemokratie eine Revolution im Gange gabeln nicht propagiere.

Nach kurzer Beratung verurteilte der Vorsitzende die kostenlose Freisprechung des Genossen Zimmer.

Herr Polizei-Inspektor Lehmann ist wohl jetzt um eine Erfahrung reicher und wird das nächste Mal hoffentlich besser aufpassen.

**Schweidnitz, 2. April.** Zum Großfeuer im Schweidnitzer Theater und Konzerthaus. Eigentümerin des am Freitag von einer Feuerstunde heimgeführten Etablissements ist eine Gesellschaft m. b. H., und die Direktion des Theaters und Hotels führt der Dresdener Varieteleiter Krsinski. Das Etablissement liegt an der Schindlerstraße und besteht aus dem Hauptgebäude mit dem Hotel und Restaurant, an welches sich zwei Säle anschließen, von denen der Varieteal zweiundzwanzig Personen faßt, große Kolonnaden und ein ausgezeichneter Garten mit Sommerbühne. Im Hauptgebäude, einem modern ausgeführten, fünfstöckigen Bau, den eine mächtige Kuppel mit einer allegorischen Figur (Fackelträger) ziert, und der im hochparterre Restaurationslokalitäten und das Vestibül zum Theater, im ersten Stockwerk Hotelzimmer und in den weiteren Stockwerken Privatwohnungen enthält, entstand kurz nach 5 Uhr Nachmittags ein großer Dachstuhlbrand. Durch alle Luft- und Fenster schlugen die Flammen, und die mächtige Kuppel umloste eine riesige Feuersäule, so daß die sie krönende Statue zerschmolz. Die Feuerwehr, welche mit allen verfügbaren Mischgeräten zur Stelle war, ging mit 7 Schlauchleitungen gegen den Brand vor. Namentlich durch die Dampfströme wurden solchale Wassermassen in die Flammen geschleudert. Um 5 1/2 Uhr brach die Kuppel mit donnerndem Getöse in sich zusammen. Um 6 Uhr war die Hauptkraft des Feuers gebrochen und um 9 Uhr konnte das Gros der Feuerwehr abbliden. Das Dachgeschloß mit der Kuppel ist total vernichtet; die darunter gelegenen Wohnungen sind arg verunstaltet. Als Entzündungsurache wird eine Explosion, vermutlich einer Benzinsäure, angenommen. Der Schaden ist bedeutend und trifft um Teil auch unermittelte Leute.

Erschütternde Szenen spielten sich im brennenden Gebäude selbst ab, in welchem die erschreckten Bewohner zu retten suchten, was möglich war, während andere Gausinsassen, vom Spaziergehen heimgeleitet, immer wieder die Sperren zu durchbrechen suchten. Eine Frau hatte, um ihre Tode zu retten, im oberen Stockwerk ihre Kinder auf die Treppentufen gesetzt, als plötzlich die Qualmwolke herniederstürzte. Der gegenwärtig an der Ringampffunktion teilnehmende Armenier Madraly fand die hilflosen Kleinen und brachte sie in das Vestibül hinauf. Gleiche Verwirrung herrschte im Garten und im Theaterhof, wo die Artisten ihre Tabe und Garberobe zu retten suchten.

Der Feuerwehmann Stelcher erlitt eine Rauchvergiftung und mußte mit dem Sanitätswagen der Feuerwehr in seine Behausung überführt werden. Sein Zustand hat sich inzwischen gebessert. Die Frau des Oberpostkassens Eiskner erlitt beim Retten ihrer Habe Brandwunden an einem Arm.

**Sirachberg, 3. April.** Die Doppelmörder von Langwasser gekündigt. Der in Untersuchungshaft befindliche Arbeiter Maag hat eingestanden, gemeinschaftlich mit seiner gleichfalls verhafteten Schwägerin den Doppelmord in Langwasser verübt zu haben.

**Petersdorf i. B., 3. April.** Töblicher Unfall eines Paternosters. In der Nacht zum Sonntag verunglückte der Arbeiter Klose auf eigenartige Weise. Klose, der das Ausblenden der Straßenlampen auf besorgen hat, stürzte bei dieser Arbeit Nachts gegen 12 Uhr von seiner Leiter in den von der Schneehöhe fast geschlossenen Bader. Der betriebl. Mann wurde von den raschen Fluten fortgerissen und schließlich bis zur Brücke unterhalb der Prengelbaue getrieben, wo er an den Eisblöcken des Flußbettes hängen blieb. Hier wurde er Sonntag Morgen gefunden. Der Kopf des Mannes war zwischen Steine gedrückt und zeigte schwere Verletzungen. Jedenfalls ist der Mann erstickt und ertrunken zugleich. Der Querschnitt des Toten hielt noch am Morgen treue Wacht — an der Laterne, bei der der Unfall geschehen war. Wie uns hierzu noch mitgeteilt wird, sollen die Kadaver auf dieser Stelle keine Gefährden haben; ein Umfand, der falls es so sein sollte, eine gründliche Untersuchung des Unfalls nötig macht.

**Wormbrunn i. Rhg., 30. März.** Einer von den „Nächtlichen“. Voriges Jahr tobte im Wpfergewerbe ein heftiger Lohnkampf, der erst nach 18 wochenlänglicher Streit zu einigen Ausgedehnten der Unternehmern führte. Als Mannheimer war der Arbeiter Alfred Freiberger aus Gerichsdorf tätig. Dieser brachte es fertig, trotz der Streikposten zu leben und Nachts in der Löhnerlei des Herrn Scholz, hier, zu arbeiten. Diese Bistelligkeit seiner Kollegen eine Zeit zu verkürzen war nur möglich, weil er sich von seinem „Vorgesetzten“ in einem Saal hielten und unter dem Spitznamen des „Antes verpackt“ von und zur Wpferlei fahren ließ. Schließlich erliche ihm doch das Schicksal. Freiberger blieb auch nach Verhaftung des Streiks bei Scholz in Arbeit, aber unbekannt, wann er auch noch beim Wpfermeister Spil und schaffte diesem Material herbei, die er bei seinem Wpferer sah. Das Wpfermeister Scholzgericht erkannte mit Verurteilung des großen Unternehmern wegen Unterschlagung auf 40 Mark Geldstrafe.

**Ratibisch, 3. April.** In geistiger Unmündigkeit hat die seit längerer Zeit schwerkränke Bahnarbeiterin Bertha Paul von ihr Band an sich gelegt. Sie befestigte einen schweren Stein an ihrem Halbe und stürzte sich in den in der Nähe der katholischen Kirche gelegenen Teich, in dem sie ertrank.

### Aus Oberschlesien.

#### Unzulängliche Verkehrsmittel.

Die unzulänglichen Verkehrsmittel des Industriebezirks fangen allmählich an, gefürchtet zu werden. Da ist es zunächst die Kleinbahn (Straßenbahn), die jeder meidet, der sie nur meiden kann. Die schlechtesten Wagen und der schlechte Bahnkörper, dazu noch das wenig geschulte Personal, das durch die schlechte Entlohnung und Behandlung fortwährend wechselt, bürden wirklich nicht für gute und sichere Fahrt. Fängt dann noch von Zeit zu Zeit die Maschine für die Luftdruckbremse mit ihrem obenbetätigenden Lärm, an zu arbeiten, dann ist es mit vielen Fahrgähen, besonders den Fremden, vorbei und fluchtartig verlassen sie auf der nächsten Station das Bahnh. Noch viel schlimmer als mit diesem Verkehrsmittel steht es mit den neuen Triebwagen der Staatsbahn. Wenn irgend jemand eine Prämie ausgeschrieben hätte für die Erfindung eines unpraktischen und schlechten Verkehrsmittels, dann wäre diese dem Erbauer des Triebwagens ohne Zweifel zuerkannt worden. Zwei Wagen mit je zwei Achsen, die an jeder Achse furchtbar klacken, hat man zusammengelockert. Der eine Wagen hat nur 3, und der andere nur 4. Klasse. Das Klacken ist überall verboten. Ein Abort befindet sich nicht in diesem Triebwagen. Die Nege zum Hineinlegen der Gepäckstücke sind so klein, daß selbst der bescheidenste Koffer eines Kaufmanns nicht Platz hat. Die Luftdruckbremse arbeitet genau mit demselben Klack wie bei der Straßenbahn. Unter der Mitte des Wagens befindet sich eine Stange, die jedesmal, wenn sie erlitt, eine Panik unter den Fahrgähen herzurruft. Das tollste aber ist, daß für jede Klasse nur eine Aus- oder Eingangstür vorhanden ist. Ist der Wagen voll, so kann der letzte Passagier, wenn der erste aussteigt, noch ziemlich seine Zeit zu lesen anfangen, denn er hat noch sehr lange Zeit, bis auch er aussteigen kann. Wäher verkehren die elektrischen Triebwagen nur auf der Strecke Ratibisch-Beuthen. Die Fahrt dauert etwa 40 Minuten und sie ist der Schrecken der Reisenden geworden. Vom 1. Mai ab wird der Verkehr nun auf der Strecke Gleiwitz-Beuthen-Ratibisch aufgenommen. Die Fahrdauer dieser Strecke wird etwa 1 1/2 Stunden betragen. Auf der Strecke Roßbach-Ratibisch-Ratibisch dauert die Fahrt mindestens 1 1/2 Stunden.

Es ist in der Tat ein hartes Stück, dem zahlenden Publikum solch weite Strecken mit diesen erbärmlichen Triebwagen anzumuten. Man verbessere den Verkehr mit vernünftigen Betriebsmitteln, aber nicht mit solchen Karren, die auch den gesündesten Menschen nervös machen können.

**Oppeln, 3. April.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in Malino. Hier verpackten eine Anzahl Schulknaben ungeschulten Kalk in ein Gefäß, befüllten es mit Wasser und schlossen das Gefäß fest zu. Die sich entwickelnden Gase sprengten das Gefäß auseinander und der Kalk spritzte weit umher. Dabei verbrannten sich sämtliche Kinder schwer. Drei der Knaben sind sofort erblindet; drei weitere Knaben erlitten im Gesicht und am Halbe sehr schwere Verletzungen. Ihre Augen sind ebenfalls sehr schwer verletzt. Unter den heftigsten Schmerzen wurden sämtliche Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

**Beuthen OS., 3. April.** Trauriger Zustand. Wenigen Tagen nach im südlichen Krankenhaus der Keller Ellen. Da er völlig mittellos war und auch keine Verwandte hatte, mußte die Beerdigung von der Armenverwaltung vorgenommen werden. Der Keller-Bereiter nahm sich der verstorbenen Kollegen in soweit an, daß er die Waffe stellte und den amtierenden Kaplan bezahlte. Als der Leichenzug auf den Kirchhof kam, war der Totengräber erkrankt, denn er hatte von dieser Beerdigung keine Ahnung. Es war kein Grab vorhanden, und man stand ratlos da. Nach langem Berat wurde der Sarg hingestellt und alles zog wieder ab. Erst spät am Abend hatte der Totengräber das Grab geschaufelt und nun konnte die Beerdigung vor sich gehen. Derartige Dinge sollten eigentlich nicht vorkommen. In jedem Falle müßten die in Frage kommenden Behörden dafür sorgen, daß alle Vorbereitungen erledigt sind, denn viele nahmen an diesem Vorgange Anstoß.

**Königsbütte, 2. April.** Tief gesunken. Die organisierte Arbeiterschaft von Königsbütte erinnert sich noch heute mit Schrecken an den früheren Polizeiwachtmeister Koslowski, der es sonderbarer Weise gut verstand, eine Reihe von Prozessen einzuleiten, die allerdings fast alle zu seinen Ungunsten ausfielen. Nachdem das Maß des Herrn Wachtmeisters voll war, verstand er eines schönen Tages von der Bildfläche und man hörte nur, daß er im Disziplinärverfahren seines Amtes ohne jede Pension entlassen worden ist. In seiner Heimat Lublin scheint er sich eine neue Taktik angeeignet zu haben, denn er hat dort den Fleischermeister Reinhold Wischen aus Woschnitz mit der Faust und einer Peitsche gründlich bearbeitet. Das Schöffengericht in Lublin verurteilte ihn dieserhalb auf 6 Mark Geldstrafe. Mit diesem Urteil schien Koslowski nicht zufrieden zu sein, sondern legte Berufung ein. Vor der Strafkammer in Oppeln, wo diese Sache verhandelt werden sollte, war Koslowski nicht erschienen, weshalb die Berufung verworfen wurde.

**Radzisz, 3. April.** Gemeinderatswahl. Die letzten Gemeinderatswahlen, die in der dritten Klasse mit dem Siege des Zentrum, in der zweiten Klasse mit dem Siege der Liberalen und eines Zentrumsmannes endeten, waren in der letzten Sitzung Gegenstand bestiger Erörterung. Vom Zentrum war gegen die Wahl der beiden Liberalen in der zweiten Klasse Einspruch erhoben, desgleichen von den Liberalen gegen die Wahl des Zentrumsmannes. Beide Seiten kämpften geradezu mit heftigen Schreien gegen die Gültigkeit der Wahlen. Das Zentrum machte hauptsächlich geltend, daß einige nicht naturalisierte Ausländer sich in den Wählerlisten befanden hätten. Nach längerer Debatte wurde die Wahl der beiden Liberalen als gültig, die Wahlen des Zentrumsmannes für ungültig erklärt. Ueber diesen Beschluß ist nun das Zentrum nachdenklich, obgleich ihm hier nur dasselbe angeht, was das Zentrum anderer Parteien, wo es die Macht dazu hat, alle Tage antut. Es scheint bald, als ob die Frommen allein das Privileg haben, andere Parteien zu schikanieren.

**Sauratzsch, 3. April.** Selbsterhängen. Einem Verlesungen erlegen ist der Polizeibeamt Effen, der, wie berichtet, in der Nacht zum Freitag von Verbrechen durch zwei Kriminalisten schwer verletzt wurde. Unter dem Namen soll hat, so wird mit Bestimmtheit behauptet, der Mörder des Wismarscher Rechtsanwalts Kowoll, der wiederholt in der Umgegend gefasst wurde, befehligt.

**Kauf, 3. April.** Ertrunken. In dem Radebischen Teich ist die 12 jährige Waisin ertrunken. Das Kind hatte seine Gefährte, kam dabei dem schiffbrüchigen Ufer des Teichs zu nahe und fiel in das Wasser. Die Leiche konnte erst nach langem Suchen geborgen werden.

**Kreuzburg, 3. April.** Die Reife durchschneiden. Nach einem heftigen Streit, der sich gerade während eines Schachspiels entspann, durchschneidete sich der Fleischer Gehmich die Hand und wurde sterbens nach Hause gebracht.

**Gewerkschaften, 3. April.** Drei Ringer abgeklagt. Beim Ringen von Becken in der Fabrikbütte hat der Arbeiter D. mit einem 3-jährigen Knaben in der Fabrikbütte ein Spiel auf die linke Hand und schlug ihm in die Stirn ab.

**Wormbrunn i. Rhg., 30. März.** Einer von den „Nächtlichen“. Voriges Jahr tobte im Wpfergewerbe ein heftiger Lohnkampf, der erst nach 18 wochenlänglicher Streit zu einigen Ausgedehnten der Unternehmern führte. Als Mannheimer war der Arbeiter Alfred Freiberger aus Gerichsdorf tätig. Dieser brachte es fertig, trotz der Streikposten zu leben und Nachts in der Löhnerlei des Herrn Scholz, hier, zu arbeiten. Diese Bistelligkeit seiner Kollegen eine Zeit zu verkürzen war nur möglich, weil er sich von seinem „Vorgesetzten“ in einem Saal hielten und unter dem Spitznamen des „Antes verpackt“ von und zur Wpferlei fahren ließ. Schließlich erliche ihm doch das Schicksal. Freiberger blieb auch nach Verhaftung des Streiks bei Scholz in Arbeit, aber unbekannt, wann er auch noch beim Wpfermeister Spil und schaffte diesem Material herbei, die er bei seinem Wpferer sah. Das Wpfermeister Scholzgericht erkannte mit Verurteilung des großen Unternehmern wegen Unterschlagung auf 40 Mark Geldstrafe.

**Dankagung.**  
Für die zahlreichen Beweise inniger Teilnahme und die vielen  
Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und  
Vaters, unseres unvergesslichen Sohnes und Bruders  
**des Steinsetzers Berthold Kleinert**  
sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten, insbesondere  
Herrn Prediger Lachm für die tröstenden Worte am Grabe  
unseren tiefgefühltesten Dank.  
Breslau, den 3. April 1911  
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

**Graben- und Sterbekasse „Bestandteil“.**  
Das Mitglied Frau Elisabeth Müller  
ist gestorben. Beerdigung: Montag  
nachm. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle  
der Erlösergemeinde in Oswitz.  
1845 Der Vorstand.

**Stadt-Theater.**  
Montag 7 1/2 Uhr:  
„Hoffmanns Erzählungen“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Meistersinger von  
Nürnberg“.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Madame Butterfly“.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Fra Diavolo“.

**Lobe-Theater.**  
Montag 7 1/2 Uhr:  
„Das Musikantenmädchen“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Glaube und Heim“.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Bienenliebe“.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Weib“.

**Thalia-Theater.**  
Donnerstag abends 7 1/2 Uhr:  
Gruppe J. S. Vorstellung:  
„Die Großstadtluft“.  
Billetverkauf am Tage der Vorstellung,  
an 10-2 Uhr im Stadt-Theater und an  
der Abendkasse im Thalia-Theater.

**Schauspielhaus**  
Montag 8 Uhr:  
Kleine Preis-  
Vorstellung.  
„Der Bettelstudent“.  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die feinsche Susanne“.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Der ledige Gatte“.  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Premiere  
„Rajsthat Wini“.

**Liedlich's Etablissement.**  
**Hartstein**  
und das neue April-Programm.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Viktorla-Theater**  
Neues Programm!  
⇒ 20 ◀  
**engl. Backfische**  
und 11 weitere Attraktionen.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sons wochentags gratis.

**Zeltgarten**  
**Budapester**  
Folies Comique  
Fassen-Ensemble.  
**2 Burlesken**  
Norikiten.  
Ausserdem:  
Bunter Teil.  
Entree 30 Pfg.

**Palmengarten**  
**2 neue Kapellen 2**  
**Jamen-**  
**Blasorchester**  
„Syr“  
und  
**D'Ruppertstaler**

**Bergleichen Sie**  
Preis und Qualität. Angenehm 9 1/2  
Uhr. Kautschuk 8 1/2 U. Nach  
Wah tabelles 17 U. 1/2  
Anzugfabrik Kaiser. 17a U. 1/2  
Das beste frische Brot (5991)  
Bieraff  
chäufig.

**Colosseum**  
Nikolaistr. 27.  
Ab Sonnabend, den 1. April,  
Täglich von 4 Uhr,  
Sonntag von 3 Uhr.  
**Nur für Erwachsene!**  
Ein Theater-Drama  
in 2 Akten:

**Versuchungen**  
der  
**Großstadt**  
(Spieldauer 1 Stunde)  
und das  
**Neue Schlager-**  
**Programm.**

**Tagschneider**  
Iowie Arbeiter auf Werkstoff, Tarif Ia, sucht für dauernde  
Beschäftigung [1847] **Silberfeld.**

**Achtung! Wegen Umbau: Achtung!**  
**Großer Räumungs-Verkauf**  
(Gabenartikel angeschlossen). 1844  
**Doppelte grüne Rabattmarken!**  
**Martha Bartsch**  
Kleine Scheitnigerstraße Nr. 20.

**Schuhe sind billig**  
wenn sie haltbar im Oberleder und fest im Sohlenmaterial sind;  
**elegant,**  
wenn sie ihre gute Fassung wie neu auch nach langem Gebrauch behalten.  
**Gediegene Schuhe aller Art**  
kaufen Sie vorteilhaft bei  
**Hermann Hühnd, Gerlichbude am Neumarkt.**  
Inhaber der  
Mein Lager ist 100mal grösser als meine kleine Verkaufsbude und  
auch mit den elegantesten Schuhen sortiert, die an der Bude nicht  
ausgestellt werden können.

**Näherin**  
auf Arbeiterläusen, Genden und Jaden  
sucht Leopelt, Büchlerstraße 21. [1848]

**Mädchen** v. 16 J. zu häusl. Arb.  
f. b. Barmittag gesucht.  
9 Wt. Dähne, Sternstr. 61, pt. 1847

**Rudersport!**  
Zur Beteiligung an einem Ruders- und Segel-  
Sport wird anständiger Solider Herr gesucht.  
Dff. u. M. 57 a. b. Exped. der Volkswacht.

**Jeden Montag:**  
**Spezialtag**  
Erste Sorte Knoblauchwurst  
à Pfd. 75 Pf.  
**Jeden Dienstag:**  
**Spezialtag**  
Mortadella 1/4 Pfund 25 Pf.  
**Georg Hildebrand**  
Schmiedebrücke 49.  
Schweidnitzer Strasse 50.  
Rosenthaler Strasse 4.  
Markthalle I und II.

**Fabrikarbeiter-Verband zu Breslau.**  
Som 1. April 1911 ab wird das Büro abends  
1/8 Uhr geschlossen. Wir bitten unsere Mitglieder  
und Hilfsarbeiter darauf Bezug zu nehmen.  
1842 Die Ortsverwaltung.

**Julius Malz, Carlsstr. Nr. 6**  
an der Schweidnitzerstraße.  
Sollständiger Ausverkauf von Kinder-Metal-Bettstellen  
zu nie wiederkehrenden billigen Preisen. 1826  
Kinderwagen, Sportwagen, Kasten-  
wagen, Leiterwagen, Rohrmöbel,  
Korbmöbel, Reiseförbe, Waschkörbe.  
Preise wie bekannt allerbilligst.  
Annahme von Reparaturen an Kinderwagen.

**August Heyne**  
**Rohtabakhandlung** 1685  
Breslau, Karls-Straße Nr. 27.

**Das erste Lebensjahr**  
von Dr. Silberstein.  
Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden.  
Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

**Der Eroberer**  
Roman  
von  
**Edward Stilgebauer.**  
Broschiert Mk. 1.30 (bisheriger Preis 4.—).  
Nur wenige Remittenden-Exemplare.  
Buchhandlung „Volkswacht“

**Bis zum 6. April**

verabfolgen wir, um unsere neue vorzügliche Tafelmargarine unter dem gesetzlich geschützten Namen „Tafelfreude“ einzuführen,

1 Pfund „Tafelfreude“ Tafel-Margarine  
und  
1/2 Pfund garantiert reines Schweineschmalz  
oder nach Wahl  
1 Pfund Kunstthonig

zusammen  
für  
**80**  
Pfennige.

Wir empfehlen ferner auch unser **Milka extra** Tafel-Margarine, die wir in bekannter Güte weiter führen.

„Tafelfreude“ und „Milka extra“ und die dazu verwendeten Rohprodukte, insbesondere Milch und Rahm, unterstehen der laufenden Kontrolle  
des staatlich geprüften und gerichtlich vereidigten Handelschemiker Dr. Wirth in Leipzig, ausserdem zweier im Betrieb ständig tätiger  
Nahrungsmittel-Chemiker. Zur Fabrikation werden nur solche Speiseöle verwendet, welche in deutschen Oelmöhlen hergestellt werden. Unseren verehrlichen  
Abnehmern ist durch diese Einrichtung gewährleistet, dass ihnen durchaus bekümmliche Erzeugnisse von hohem Nährwert geboten werden.

Um regen Zuspruch bitten:

**BRESLAU:**

1840

**Südort**

- Theodor Bängener, Höfchenstrasse 25
- Faber & Staszig, Gräbschen, Dorfstr.
- Paul Fischer, Gräbschener Strasse 32
- Paul Fischer, Gräbschener Strasse 68
- Paul Fischer, Gräbschener Strasse 77
- Heinrich Gerstenberger jr., Friedrichstr. 52
- Paul Hechel, Neue Schweidnitzerstr. 7/8
- Fritz Hoffmann, Holteistrasse 14a
- Heinrich Jachke, Reichstrasse 12
- Schreiber v. Kopska, Gräbschenerstr. 108
- Friedrich Meißner, Moritz-, Ecke Gabätzstr.
- Oscar Neumann, Alexisstrasse 16
- Josef Pabel, Victoriastrasse 24
- Karl Reichstein, Augustastrasse 24
- Josef Seifert, Augustastrasse 105, Ecke  
Königsstrasse
- Theodor Tarnowski, Sadowastr. 31/33

- Wilh. Müdel, Kl. Scheitnigerstr. 38
- Josef Paul, Sternstr. 76, Ecke Brigittental
- Julius Seifert, Gertrudenstrasse 2
- Paul Sacky, Scheitnigerstrasse 6
- Robert Schneider, Kleine Scheitniger-  
strasse 48

**Strehlener Tor**

- Anna Bess, Lohestrasse 12
- Georg Brückner, Hubenstrasse 78
- Josef Hoffmann, Bohrauerstrasse 31
- Berta Kukul, Herdainsstrasse 45
- Fritz Kugel, Zobenstrasse 17
- Josef Lown, Herdainsstrasse 63
- Paul Schneider, Bohrauerstrasse 83

**Zentrum**

- Richard Gärner, Oderstrasse 17
- Wilh. Hamisch, Bücherplatz 12 (Kien-  
bergs Hof)
- Willy Harz, Seydstrasse 1
- Otto Pusch, Hummeri 38

- Hermann Thierert, Oderstrasse 30
- August Willenberger, Schuhbrücke 17

**Nicolai-Vorstadt**

- Georg Balzarek, Bärenstrasse 24
- Const. Berczyk, Friedr.-Wilhelmstr. 89
- Paul Biehl, Aisenstrasse 13
- Rud. Bratke, Mariannenstrasse 10
- Carl Buchwald, Tschechinerstrasse 20
- Paul Gekauer, Friedrich-Carlstrasse 2
- Carl Hünz, Aisenstrasse 89
- Paul Klose, Leuthenstrasse 16/18
- Wilh. Knoch, Mariannenstrasse 18
- Albert Moser, Westendstrasse 56
- Carl Schäfer, Friedr.-Wilhelmstrasse 4
- Alexander Szejanowski, Posenerstr. 13

**Odertor**

- Franz Bierich, Monhauptstrasse 27
- Franz Bierich, Lehndamm 5
- Ferdinand Fink, Kreuzburgerstr. 16
- Alfred Gehler, Matthiasstrasse 105
- Friedr. Wilh. Janda, Schiesswerderstr. 2
- Paul Schätler, Nikolaistrasse 33

- Adolf Klimke, Weinstr. 11
- Erwin Klose, Bismarckstrasse 9
- Wilh. Kupczyk, Schiesswerderstrasse 51
- Oskar Lux, Humboldtstrasse 16
- Emil Seemann, Herzogstrasse 1
- Oswald Sempert, Rosenthalerstrasse 61
- Richard Schmidt, Hermannstrasse 2
- Heinrich Scholz, Ottostrasse 2
- Bruno Schumann, Weissenburgerstr. 1
- Bruno Schumann, Bismarckstrasse 44
- Josef Thomas, Lehndamm 43
- Paul Volkmor, Matthiasstrasse 142
- J. F. Wagners Nachf., Kospothstrasse 17

**Ohlauertor**

- Josef Beinert, Alexanderstrasse 23
- Max Dickmann, Vorwerkstrasse 75
- August Heinrich, Neue Tauentzienstr. 33
- Josef Kudella, Brüderstr., Ecke Paradies-  
strasse 35
- Robert Raabe, Neue Tauentzienstr. 57
- Hermann Wolf, Neue Tauentzienstr. 25

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. April.

### Geschichtskalender. 4. April.

1879 Der Physiker Dove †.

### Zur Lohnbewegung der Oberschiffer

Wie uns geschrieben: Am 1. April wurden die in Berlin unterbrochenen Verhandlungen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Oberschiffer in Breslau fortgesetzt und mit gutem Erfolge beendet. Nach langwierigen schwierigen Beratungen wurde eine Einigung erreicht. Die Schiffsmannschaften erhalten vom 1. Juli dieses Jahres an eine Zulage von 5 Mark. Das bisherige System, einen Teil des Lohnes einzubehalten und diesen nur bei guter Führung und ununterbrochener Arbeitsdauer während der ganzen Schiffsfahrtsperiode an die Mannschaften auszuzahlen, wird aufgehoben. Diese sogenannten Nachschüsse und Dienstzulagen werden am 1. Juli zum Lohn zugeschlagen. Am 1. Juli müssen die bis dahin einbehaltenen Nachschüsse und Dienstzulagen zur Auszahlung gelangen. Für die Lieberstunden werden an- ... 25 Pfg. 50 Pfg. gezahlt.

Die Bedienung der Dampfer außer der regelmäßigen Arbeitszeit wird gleich den Lieberstunden vergütet und zwar an den Stationen Breslau, Cosel, Stettin, Hamburg und Stralsund; dort jedoch nur dann, wenn er Ausgangspunkt für bergwärts gehende Züge ist. Diese Arbeit wurde bisher nicht vergütet. Auch die Sonntagsarbeit wird vergütet.

Wenn die Mannschaften an den Stationen nicht auf ihren Fahrzeugen beschäftigt sind und hierdurch behindert ihr Essen auf ihren Fahrzeugen einzunehmen, erhalten sie eine Entschädigung von 75 Pfg. in Hamburg 1 Mark.

Wegen des Reisegeldes wurde vereinbart, daß es den Schiffsmannschaften bei Beginn und Schluß der Schiffsfahrtsperiode vor und nach der Heimfahrt vergütet wird.

Außer den üblichen Bestimmungen wurde beschlossen, eine Kommission, gebildet aus der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu bestimmen, die Differenzen, die sich aus den Vereinbarungen heraus ergeben, zu schlichten hat.

Die Vereinbarungen treten am 1. Juli dieses Jahres in Kraft und gelten bis zum 31. Dezember des Jahres 1912. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Monate.

Aus alledem ergibt sich, daß die Bewegung der Oberschiffer mit gutem Erfolge beendet ist; das war allerdings verbürgt durch die gute Organisation der Mannschaften.

Die Kernfragen, die fallen mußten, und die ohne Zweifel zum Kampfe geführt hätten, sind zu Gunsten der Mannschaften erledigt. Es war dies in allererster Linie die Frage des Nachschusses (Einbehalten des Lohnes), dann die Erhöhung des Monatslohnes und eine zeitgemäße Vergütung der Lieberstunden. Der Widerstand der großen Reedereien war groß, aber bei der Geschlossenheit der Mannschaften gab man nach.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat auf der Ober die erste erfolgreiche Bewegung hiermit durchgeführt; er hat dafür gesorgt, daß mit einem mittelalterlichen Lohnsystem gründlich aufgeräumt wurde. Die größten Firmen haben den Deutschen Transportarbeiter-Verband als Vertreter der Mannschaften anerkannt. Es bleibt nur noch eine Anzahl Kleinbetriebe übrig, mit denen man bald fertig werden wird.

Von Bedeutung für den Verlauf der Bewegung ist sicher die ausgezeichnete Haltung der Schiffsmannschaften und besonders der Schiffsführer. Alles in allem, die Oberschiffer können mit dem Ausgang der Bewegung vorläufig zufrieden sein.

### Die Feuerbestattung.

Die Frage der Feuerbestattung ist durch den Gesetzentwurf, der vor kurzem dem preussischen Abgeordnetenhaus zur Beratung vorgelegt wurde, wieder in den Vordergrund getreten. Leider besteht keine allzugroße Aussicht, daß der Entwurf angenommen wird. Die Kommission hat ihn in der ersten Lesung bereits mit Stimmengleichheit abgelehnt. Es war von dem Dreiklassenparlament ja auch nichts weiter zu erwarten. Funkertum und Zentrum, die sich anmaßen, den Willen des Volkes zu vertreten, haben gegen die Feuerbestattung, die wohl-gemerkt niemand aufgedrungen werden soll, mittelalterliche Dogmen ins Feld geführt, und es ist ihnen anscheinend auch diesmal gelungen, einen Kulturfortschritt zu verhindern. Mag der Gesetzentwurf zu Falle kommen oder nicht, aufhalten läßt sich der Siegeszug der Feuerbestattung nicht. Sie wird kommen, wie sie in Sachsen, Baden, Hessen, Württemberg und einigen thüringischen Staaten bereits besteht, und sie wird hier wie überall nicht gegen Sitten oder Pietät verstoßen. Ein Fortschritt wird sie vielmehr sein im Geiste der modernen Ethik und Kultur.

Der Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiterschaft hatte am Sonnabend im Gewerkschaftshause eine Versammlung veranstaltet, die sich mit der Feuerbestattung befaßte. Nach einigen einleitenden Worten des Genossen Löbke nahm Herr Uerbach, der Vortragende, das Wort, und führte aus, daß die Feuerbestattung eine Sache der Aufrichtung sei, die jeden in die tiefste Stelle seiner Seele trafe. Man sage, die Feuerbestattung verstoße gegen die Sitten, aber damit könne man nicht kommen, denn erstens habe man im Laufe der Zeit schon viele Sitten abgeworfen, und zweitens sei die Feuerbestattung ja ein Teil des Menschengeschlechts überhaupt. Bei den Griechen, Ägyptern, Babyloniern und selbst bei den alten Juden habe die Feuerbestattung höchste Ehre bedeutet. Karl der Große erst habe sie endgültig abgeschafft, bis 855 die Kaiserin Mathilde wieder aufgetaucht sei. Ein schottischer Arzt habe auf die gesundheitliche Gefahr der Erdbestattung hingewiesen, und 1874 sei die erste Leiche in Dresden verbrannt worden. 1901 hätten wir in Deutschland schon 6 Krematorien gehabt, 1910 21. Das allein zeige uns, wie groß das Bedürfnis nach Feuerbestattung sei, gegen die sich nur Irregelmäßigkeiten verhielten. Die Gegner hätten sich zumühen gemacht, daß in Preußen keine Leichenchau bestehe und deshalb juristische Bedenken geltend, weil vielleicht kriminellere Verbrechen verübt werden könnten. Solche Verbrechen, Mordmorde und dergleichen, ließen sich auch bei der Erdbestattung nicht einschleichen. Sobald der Tote einige Zeit in der Erde ruhe, lösten sich die Gifte auf und die Chemie sei dann unumkehrbar.

Der Redner erläuterte weiter, welche schwere Schädigungen die Verdrängung für die Gesundheit bringen könne. Die Erde sei der beste Konservator für Gifte, und bei dem steigenden Anwachsen der Städte und der Friedhöfe könne leicht die Luft und das Trinkwasser verunreinigt werden. Die Verbrennung sei auch von höherem persönlichen Werte. Dann kennzeichnete der Redner das Verhalten der Kirche zu dieser Frage. Die katholische Kirche sei grundsätzlich gegen die Feuerbestattung, was sie aber nicht gehindert habe, die Verbrennung eines österreichischen Offiziers freizugeben, weil ihr dabei ein Vermögen von anderthalb Millionen Mark in die Tasche geflossen sei. Die Verbrennung sei lediglich ein Fortschritt der Zeit und habe mit Religion überhaupt nichts zu tun. Die Kirche hätte sich den Fortschritten der Kultur anzupassen. Der Verbrennungsakt sei noch weislicher als die Beisetzung auf dem Friedhofe; keiner würde in seinem religiösen Empfinden gestört. Auch bediene die Verbrennung eine Erleichterung für den Geldbeutel, da sich die Kosten nur auf 5 bis 8 Mark beläufen. Zum Schluß las der Redner noch einige Gedichte vor, die sich auf die Feuerbestattung beziehen, und forderte auf, für sie tätig zu sein. Alle großen Denker und Dichter hätten sich nach ihr gesehnt, und es sei ein stolzes Bewußtsein, sich sagen zu können, nach dem Tode ist mein Geist

aufgehoben in dem All, und auch vom Leibe ist nichts mehr übrig, als ein Säuschen Asche.

Der Vortrag erweckte bei den Anwesenden große Aufmerksamkeit und dem Redner wurde lebhafter Beifall zu teil. Das ausgearbeitete Modell eines Krematoriums wurde von allen Besuchern besichtigt. Wir glauben, daß durch den Vortrag mancher überzeugt worden ist und die Verbrennung der Verwesung vorzieht — wenn wir in Preußen erst soweit sind, daß jeder nach seiner Fasson selbige werden kann.

Auf Anfragen teilen wir noch mit, daß Photographien mit der Ansicht eines Krematoriums zum Preise von 30 Pfg. in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben sind.

### Die Aussperrung der schlesischen Steinscher und Hammer.

Am 19. März tagte im Gewerkschaftshause eine Konferenz der schlesischen Steinscher und Hammer, die sich einvernehmlich mit den Tarifverträgen für Breslau, Mittel- und Oberschlesien beschäftigte. Auf dieser Konferenz wurde mitgeteilt, daß die Arbeitgeber einen Provinzialverband gegründet haben und einen einheitlichen Lohnlarif schaffen wollen. Nach langer Debatte, wir haben über die Verhandlung (wie über die gefassten Beschlüsse ausführlich berichtet), wurde, um den Unternehmern entgegenzukommen, für die dreijährige Vertragsdauer, von einer Verkürzung der Arbeitszeit abzusehen. Für die nächsten drei Jahre sollten die von der Lohnkommission vorgeschlagenen Stundenlöhne für Steinscher und Hammer den Arbeitgebern nochmals unterbreitet werden. Der Festsetzung einer Arbeitsleitung für den ganzen Bezirk, je nach den jetzt bestehenden Verhältnissen, wie die Arbeitgeber es wünschten, wurde gleichfalls zugestimmt.

Am 20. März begannen die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband von neuem. Bei dieser Beratung stellten sich die Arbeitgeber auf einen scharfmacherischen Standpunkt und erklärten rundweg für die nächsten drei Jahre überhaupt eine Lohnverbesserung nicht eintreten zu lassen. Trotz aller Vorstellungen der Arbeitnehmer blieben die Herren Unternehmer dabei. Die Verhandlungen waren damit als gescheitert anzusehen. Am 31. März am Tage des Ablaufs des alten Tarifs erklärte der Provinzial-Arbeitgeber-Verband die Aussperrung auf der ganzen Linie. Hunderte von Pfasterern wurden auf die Straße gesetzt. Am Sonntag hielten die Breslauer Ausgesperrten im „Goldenen Kasper“ eine Versammlung ab. Kollege Frankel gab den Bericht. Die Arbeitgeber, führte er aus, mühen uns zu, drei Jahre ohne Lohnverbesserung zu arbeiten, und haben uns, weil wir ein solches Ansehen zurückweisen, auf das Straßenspülwerk geworfen. Ihr erster Beschluß lautete, nur die organisierten Arbeiter auszusperren, aber bald darauf revidierten sie diesen Entschluß und bejahen die Aussperrung auf alle Arbeiter aus. Es braucht darüber kein Wort verloren werden, daß es sich hier um eine Machtfrage handelt. Man will die Arbeiter zu Paaren treiben, sie dem Willen der Unternehmer unterordnen. Der größte Scharfmacher sei Herr Serling. Die Ausgesperrten nehmen den notwendigen Kampf auf; der Geist, der alle Kollegen in der ganzen Tarifbewegung befeuert, wird auch jetzt vorherrschen und das Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen. Die Kollegen werden ihre Solidarität beweisen. Die Arbeitgeber werden sicherlich an einzelne Kollegen herankommen, um sie für sich zu gewinnen. Ein solches Verlangen muß aber kräftig zurückgewiesen werden. Es gelte hier das Wohl Aller im Auge zu behalten.

Nach einer Aussprache wurde eine Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die heutige Versammlung der Ausgesperrten erklärt einmütig, den von den Arbeitgebern aufgenommenen Kampf aufzunehmen und nicht eher nachzugeben, bis der scharfmacherische Standpunkt gebrochen ist.“

Die Zahl der Ausgesperrten konnte bis jetzt noch nicht genau festgestellt werden.

## Stadt-Theater.

Richard III. Historische Tragödie von Shakespeare.

Die Zeit schlägt Falten in die reinsten Stüme,  
Entstellt die schöne Wahrheit der Natur  
Und prägt auf alles der Vernichtung Spur.  
Die Schöpfung aber, die aus meinem Hirne  
Und Herzen sprang, die, deinem Ruhm geweiht,  
Wird nicht vergehn trotz aller Macht der Zeit.

So singt Shakespeare in einem seiner Sonette. Wer ist und stark von der ewigen Dauer seiner Werke sprechen darf, muß entweder ein großer Narr oder ein wirklich großer Dichter sein, der sich seines Wertes wohl bewußt ist. Narren hat es Legionen gegeben, die an ihre Größe glaubten und davon schwärmten; sie sind aber doch nicht eingegangen. In Reich der Geschichte. Die aber eingegangen sind, deren Namen unaussprechlich klammern in der Geschichte, in den Zeiten, die mühen groß sein, ob sie nun sich selbst erlarmten oder ob andere erst ihren Ruhm verkündeten. Und so steht bei dem großen Briten sein Selbstbekenntnis hat nur geschichtliche Bedeutung und keinen Wert könnte man von seiner Größe handeln, hätte er dies Sonnet nicht gebichtet. Ja Shakespeares war ein gewaltig aufragender Koloss im Geistes- und Kunstleben der Völker und jedesmal erfüllen uns die Schauer vor diesem Genie aufs Neue, wenn wir seinen Worten lauschen. Er erscheint uns wie ein spät und nach Norden verpflanztes Glied jener Renaissancezeit Italiens, die selbst in einer von Höhem und Großem angefüllten Zeit einzigartig in ihrer künstlerischen Größe emporkam.

Und solche Empfindungen stellen sich auch ein, wenn man „Richard III.“ sieht, das Drama, das aus der ersten Schaffensperiode des Dichters stammt. Nur eines „Dichters Aug“, in schönem Wahnsinn rollend“ konnte eine solche Tragödie des Verbrechens aufbauen, aufbauen mit gigantischer Kraft und ohne Rücksicht auf Reflexionen einer kritischen Unternehmung um die Logik beim menschlichen Handeln. Wenn Shakespeare gibt sich keine Mühe zu erklären, welches die tieferen Mächte sind, die das Verbrechen gebären. Denn daß Richard durch Verärgerung über seine Mißgestalt ein so fürchterlicher Schurke werden kann, ist kein erklärliches Motiv. Es genügt dem Dichter, den Ausbruch des Verbrechens darzustellen in seiner würgenden Fügigkeit, bis daß er selbst ersticht in seinem Mordgewerbe.

Es ist eine fast unglücklich kühne Art wie hier aus Epischen Verbrechen wachsen. Man denke nur an die Szene, wie Richard die Witwe Anna an der offenen Bahre ihres von ihm gemordeten Gatten Liebesanträge stellt und sie schließlich bewegt, ihn den Verabschiedeten zu erhören. Die Situation ist keineswegs hunderlich klar und die Logik der Lösung unglücklich. Und doch packt das Ganze, reißt fort durch seinen genialen Schwung.

Die Aufführung am Sonnabend beansprucht zweifaches Interesse. Einmal sahen das Stück gewährt, nur einem Gast Gelegenheit zu geben, in einem Engagement-Gastspiel seine Kraft zu zeigen. Zum andern gab die Aufführung den Beweis dafür, daß die Neigung des Publikums für unsere großen Klassiker keineswegs ganz eingeschlafen ist. Das Haus war stark besetzt, und sollte deshalb der Dichtung ein Fingerzeig sein, daß sie öfter auswählen könnte aus dem großen Repertoir unserer Klassikerstücke. Im Mittelpunkt des Interesses stand der Gast, Herr Schmidt. Der Künstler verfügt ohne Zweifel über hohe darstellerische Fähigkeit und gab auch dafür im Laufe des abends reichliche Proben. Aber als eine abgerundete, gleichmäßig fortwährende Leistung können wir sein Auftreten nicht bezeichnen. Seine Maske war gut, aber nicht immer gut seine Sprechkunst. Und wenn auch oftmals sein Spiel begeistern konnte, so blieben doch noch reichlich viel Szenen übrig, wo er teilnahmslos ließ. Jedenfalls ist Herr Schmidt ein Künstler von Bedeutung, aber um ihm annähernd gerecht werden zu können, mühte man ihn wohl auch noch in anderen Rollen gesehen haben. Von den übrigen vielen Künstlern die in dem vorerwähnten Stück beschäftigt waren, seien vor allen Fräulein Salla genannt. Die war Größe und Stil im wahrhaft shakespeareischen Sinne zu spüren. Leidenschaft des Hasses und der Rache, gemildert und gesäht durch ein wirklich edles und erschütterndes Pathos. Durch tiefe, innerliche und doch heiß aufblühende Angst und Leidenschaft überzogene Herr Salla als Clarence, während Herr Johnson als Buckingham weniger den richtigen Ton traf. Fräulein Rökert als Königin Anna bot diesmal eine sehr gute abgerundete Leistung. In all den vielen anderen Rollen Partien, waren unsere besten Kräfte mit beschäftigt; sie boten ein wohl abgestimmtes Gesamtspiel, dem man mit Interesse folgen konnte.

Die Kunst der Regie, die in der Kostümfraße und der malerischen Dekoration Gutes leistete, verlor in der Arrangement der Volksszenen völlig. Solches Schlachtgetöse müssen wir einhaken ablehnen. Das hatte verweirte Wichtigkeit mit dem Saalraum eines Mästenballes und die Heiterkeit des Publikums über das Din- und Dergeschlebe auf der Bühne war völlig berechtigt. Etwas mehr Reue hätte zu wünschen.

## Lobe-Theater.

„Die Geisha“, Operette in 3 Akten von E. Jones.

Man kann den neueren Operetten keinen empfindlicheren Schlag verfehlen, als wenn man ihnen eine ältere entgegenstellt. Während man bei jenen oft recht lange auf den „Schlager“ warten muß, ist bei diesen mitunter jede Nummer ein Schlager. Besonders in der „Geisha“, die dem Festspiele nach mehr in das Gebiet der Burleske gehört, tritt die Mißlosigkeit der Aufführung sehr augenfällig in die Erscheinung; man kann sich der Fülle der reizendsten Melodien kaum erwehren, von denen einige geradezu vollstimmig geworden sind. Die Aufführung war sichtlich gut vorbereitet worden und wurde von der sprühenden Laune der Darsteller nicht wenig gehoben. Die zahlreichen Ensembles belamen dadurch besonderes Leben, daß die Balletmeisterin Fräulein Reisinger durch reichhaltige Fächer- und Spielereien auch dem Auge eine angenehme Abwechslung darbot. Von den Solisten hatte nur Herr Will aus früheren Jahrgängen das Feld behauptet; sein „Polizei“-Präses hat in jeder Beziehung auf der Höhe der Moderne und erweckte schallende Heiterkeit. Die Titelfolle fand in Fräulein v. Gröhl eine sehr tüchtige Vertreterin, auch die Zulette des Fräulein Gerding war recht annehmbar. Herr Brödel war ein flotter Seeoffizier und Herr von Thuma machte erfolgreiche Versuche, seine Stimmittel besser zu kultivieren. Fräulein Ganz hatte leider keine ihrer Eigenart zugewandte Partie. Einen außerordentlich glücklichen Griff hat die Dichtung mit der neuen Soubrinte, Fräulein Sobel, gemacht. Eine so aparte Erscheinung, ein so biegsames, graziles Wesen haben wir seit Jahren nicht in der Leistungsfähigkeit gesehen, und auch die Gesangsweise ist so beschaffen, daß sie nur nach einer verbessernden kleinen Nachhilfe bedarf, um auch hier höhere Ansprüche zu befriedigen. Die Gesangsnummern dieser pilantzen Rollen fanden ungeteilten, sich in vielfachen Hervorhufen äußeren den Beifall. Den Vogel schloß Herr Surtmann ab, eine zweite, aber wesentlich verbesserte Auflage von „Der Mann, die mimische und choreographische Begleitung, die er seiner ohnehin größten Rolle angedeihen läßt, läßt Stürme von Applaus aus, seine hervorragende musikalische Begabung kommt dem Künstler hier sehr zu nützen. Die Wiederholungen dieser lieblichen Liebeshändel können auf das angenehmste zum Beschluß empfohlen werden.









## Deutscher Reichstag.

161. Sitzung. Sonnabend, den 1. April, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth, Dr. Delbrück, v. Lindequist, v. Ribersten-Wächter.

### Der Etat der Zölle, Steuern und Gebühren.

Hierzu liegen die Resolutionen des Zentrums, der Konservativen und der wirtschaftlichen Vereinigung vor, welche Schweden gegenüber wirksame Maßnahmen zum Schutz der heimischen Steinindustrie, insbesondere der Plastersteinindustrie verlangen.

**Abg. Speck (Zentr.):** Die Einnahmen aus den Zöllen zeigen ein erfreuliches Bild unserer wirtschaftlichen Entwicklung; die Kosten der Erhebung sind für die Einzelstaaten zum Teil größer, als die ihnen überwiesenen Beträge. Dieser Zustand sollte beseitigt werden. Unsere Plastersteinindustrie ist durch die starke Einfuhr von Steinen aus Schweden schwer geschädigt; bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Schweden müssen auf diesem Gebiet Erfolge erzielt werden, sonst werden es meine Freunde sich sehr überlegen, ob sie für den Handelsvertrag stimmen können.

**Abg. Brunnermann (Sp.):** Die Einfuhr von schwedischen Plastersteinen hat derartig zugenommen, daß unsere Industrie aufs schwerste bedroht ist, deshalb ist es unbedingt nötig, in dem neuen Handelsvertrag die schwedischen Plastersteine mit einem starken Einfuhrzoll zu belegen, wie es die von mir gestellte Resolution verlangt. Ich bitte, diese Resolution anzunehmen.

**Abg. Scheidemann (Soz.):** Den Wünschen auf Einführung eines Plastersteinzolles gegenüber verhalten wir uns ablehnend. Die Vorredner haben hier eine recht eifrige Darstellung gegeben, sie stützen sich nur auf Material von Uninteressierten (Zustimmen im Zentr.) an Arbeitern, wie das zu bemerken ist, geht aus der Nr. 33 des „Steinarbeiter“ hervor, wo mitgeteilt ist, wie in einem Betriebe die Unterschriften der Arbeiter zustande kamen; wer nicht unterschreibt, wird sofort entlassen, befristete die Betriebsleitung. Mit diesen Stimmen aus Arbeiterkreisen können Sie also keinen Staat machen. Gewiß befinden sich die Steinarbeiter in einer schwierigen Lage, weil die Städte vielfach zum Abfall- und zum Holzapfelpflaster übergehen; aber im ganzen ist die Entwicklung der Steinindustrie eine glänzende, die Zahl der Betriebe, die Zahl der in ihr beschäftigten Arbeiter und damit die Lohnsumme hat in den letzten Jahren sich ganz beträchtlich erhöht.

Noch auf eine andere Sache muß ich eingehen, auf die ich in der Kommission keine genügende Antwort erhalten habe. Wenn Kriegsschiffe ins Ausland gehen, bekommen sie den Proviant zollfrei; das ist ganz selbstverständlich und bezieht auf Bestimmungen aus dem Jahre 1872. Wenn aber Schiffe nur auf ein paar Stunden in See fahren zu einer Übung, wobei sie garnicht in fremde Gewässer kommen, so ist es ein Skandal, wenn sie die Verzehrungsgegenstände ebenfalls zollfrei erhalten. Es sind das

### Vergünstigungen für die Marineoffiziere.

die sonst kein Mensch in Deutschland genießt. Auch diese Offiziere müssen das bezahlen, was durch ihren Zolltarif und ihre Finanzreform an Verzehrung der Verreise herausgekommen ist. Hätte das Reichsschatzamt keine Handhabe, diesem Zustand ein Ende zu machen, so müßten wir erneut die Frage prüfen, ob nicht die Zulage der Marineoffiziere erheblich zu kürzen sei. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Im Etat ist festgestellt, daß die Einnahmen der Zölle 680 Millionen Mark betragen. Wollte man hieran die Belastung des Volkes durch die Zölle ermessen und etwa sagen, bei 65 Millionen Einwohnern ergibt das rund 10 Mk. auf den Kopf, so wäre das ganz falsch. Die Einnahmen im Etat bilden ja nur einen ganz bescheidenen Teil dessen, was das deutsche Volk an den Zöllen wirklich bezahlen muß. Finanzgölle würden in die Reichskasse fließen, Schatzgölle aber fließen zum größten Teil in die Taschen der Interessenten, bei den Kornzöllen also in die Taschen der Großgrundbesitzer. Professor Brentano hat festgestellt, daß die Belastung des deutschen Volkes durch den Weizenzoll allein im Jahre 1909 236 Millionen Mk. betrug (Hört, hört! bei den Soz.), wovon in die Reichskasse nur 70 Millionen, in die Taschen der Grundbesitzer 165 Millionen geflossen sind. (Erneutes Hört, hört! bei den Soz.) An Roggenzoll hatten wir 363 Millionen zu bezahlen, wovon in die Reichskasse gar nichts floß (Hört, hört!), diese ganze Summe floß in die Taschen der Großgrundbesitzer, weil wir eine Ueberproduktion in Deutschland und daher gar keine Einfuhr hatten. Die Gesamtbelastung durch den Roggen-, Weizen-, Gerste- und Haferzoll betrug 988 Millionen Mark, wovon nur 108 Millionen in die Reichskasse kamen, dagegen in die Taschen der Großgrundbesitzer 880 Millionen. (Hört, hört!) Also nur ein Neuntel dessen, was das Volk bezahlt, fließt hier in den Einnahmen, achtmal soviel bezahlt es an die Agrarier. Dazu kommen dann noch die Ausfuhrprämien, die Viebzölle, die ermäßigten Eisenbahntarife, die Grenzsperrn und vor allem das famose System der Einfuhrzölle. 1884 gelang es den Agrariern, den Identitätsnachweis aus der Welt zu schaffen und das Volk dadurch umso mehr zu belasten. Mit den Einfuhrzöllen wurden 1894 erst 6,7 Millionen Mark beglichen, im Jahre 1900 war die Zahl bereits auf 22 Millionen gestiegen, im Jahre 1905 auf 38 und 1910 auf 111 Millionen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist eine ungeheuerliche Belastung und durch dieses Mittel ist das Geld, das

### für die Witwen und Waisen

bestimmt war, durch die unerfährlichen Agrarier in ihren Sädel gesteckt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Am 22. April des vorigen Jahres erklärte Herr v. Bethmann-Hollweg, wenn der Ueberfluß der Ausfuhr an Roggen und Hafer, der wohl nur eine vorübergehende Erscheinung sei, sich als dauernd erweise, habe die Regierung Handhabe, Stellung dazu zu nehmen. Es scheint aber bei dem Reichskanzler immer sehr lange zu dauern, bis er zur Klarsicht kommt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe bisher nur von den Kornzöllen gesprochen und will auf die anderen nicht eingehen, ich erwähne nur, daß die

### Fleischzölle

die Ernährung des Volkes ebenfalls um tausend Millionen Mark verteuert haben. Also Fleisch und Brot allein sind mit 2 Milliarden belastet. (Hört, hört! bei den Soz.) Nicht 10 Mk. pro Kopf beträgt die Belastung des Volkes durch unsere Zölle, sondern für Fleisch und Brot allein schon 20,77 Mk., das macht für eine Familie etwa 150 bis 160 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich kenne ja die Einwände der Agrarier, daß diese Belastung notwendig sei, im Interesse der Landwirtschaft. Ich will hier auf eine Manuskript-Sammlung des Bundes der Landwirte hinweisen, Material zur Zusammenstellung von Flugblättern, als „Kampfschrift gedruckt“, und zwar für die Vertrauensleute des Bundes. Unter diesen befinden sich ja eine Reihe zweifelhafter Elemente, und einer dieser Herren kam eines schönen Tages zu mir und fragte mich, ob ich das „Jung“ nicht benutzen könnte. Ich habe das Jung natürlich dankbar angenommen und den Mann selbst als „Kampfer“ zur Tür hinausgeschmissen. (Heiterkeit.) Es heißt da, die indirekten Steuern und Zölle dienen zum Schutze der inländischen Produktion oder zur Vermeidung der Einnahmen der Reichskasse. Sie drücken viel weniger als die direkten, weil sie nicht auf einmal erhoben werden wie diese, sondern sie fließen unmerklich auf einen längeren Zeitraum und eine Reihe einzelner Vorgänge verteilen und sich im allgemeinen auch besser der Leistungsfähigkeit des einzelnen anpassen. So kann ein Arbeiter sich bei Puffersteuer entziehen, wenn er seinen Pufferverbrauch bedürftig. Freilich ist dies bei notwendigen Lebensmitteln unmöglich; allein hier trägt in Wirklichkeit der Konsument nur einen Teil der Abgabe; der Rest, darunter der ganze Zoll, trifft das Ausland und die inländischen Zwischenglieder. (Rachen! b. d. Soz.)

Wenn wir also für Fleisch und Brot die Belastung einer Familie mit 150 bis 160 Mk. annehmen, so wird ihre Gesamtbelastung durch die Zölle auf mindestens 300 Mk. zu schätzen sein. Da die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 300 Mk. hat, so ergibt sich, daß die Masse des Volkes mit einer Einkommensteuer von 33 1/2 Prozent getroffen wird. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei dem Einkommen von 10.000 Mk. macht diese Belastung nur 3 Prozent aus, also dem Reichen nehmen Sie nur 3 Prozent, dem Armen 33 Prozent für die Erhaltung des Heeres und der Marine. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun sagt man, die ganzen Zölle nützen der Landwirtschaft! Das ist aber unklar, sie nützen den Großgrundbesitzern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu tausend alten Beweisen könnte man immer neue hinzubringen, dafür, daß der Reichskanzler Fürst Hohenlohe die Wahrheit sprach, als er feststellte, eine wie geringe Zahl von Landwirten Interesse an den Zöllen hat. Gewiß bekommt auch der kleine Bauer für seinen Doppelgetreide mehr, aber die Zölle verteuern nicht bloß, was er verkauft, sondern auch, was er zukauf. (Sehr wahr! b. d. Soz.) und lassen Sie mal den kleinen und mittleren Landwirt ausrechnen, was das ausmacht. Interessiert an den Zöllen ist tatsächlich die ganze Landwirtschaft, insofern, als die großen den Nutzen haben und die Kleinen mitbezahlen müssen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Dann sagen Sie, Zölle sind nötig, zum Schutze der nationalen Arbeit. Dabei lassen Sie die Lebensmittel herstellen, von billigen ausländischen Arbeitern (Sehr richtig! bei den Soz.) und verkaufen Sie nach dem Auslande billiger und bewilligen sich Ausfuhrprämien. Ihr Schutz der nationalen Arbeit gipfelt in dem Wort: „im Notfall führen wir Kulis ein“. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich weiß, daß Sie sich nicht belehren lassen wollen, wir haben aber ein Interesse daran, daß das deutsche Volk sich belehren läßt. (Rufen bei den Soz.) Mögen dem deutschen Michel endlich die Schuppen von den Augen fallen, damit er erkennt, wie mit nationalen Pfaffen eingeleitet wird, damit er sich das Fell über die Ohren ziehen läßt. Offenlich wird der deutsche Wähler bei den nächsten Wahlen dieses Haus gründlich aus-schwefeln und ausdrückern. (Sehr wahr! bei den Soz.)

**Abg. Dertel (nat.)** bemängelt die Zollabfertigung der Roggenzölle.

**Abg. Kempf (Vpt.):** Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Verkehr zwischen den Nationen erleichtert werden muß. Deshalb treten wir für den Abbau unserer Schutzzölle ein. Ganz besonders schädlich für unsere Volkswirtschaft ist die Zündholzzölle und der Schiedstempel. Auch den von den Herren Speck und Brunnermann befristeten Einfuhrzoll auf schwedische Plastersteine lehnen wir als verkehrsschwerend ab. Dem preussischen Abgeordnetenhaus liegt ein Gesetzentwurf über die Zuwachssteuer vor, der mir darauf hinausgeht, den Gemeinden den Anteil von 40 Prozent den Reichswertzuwachssteuer ihnen gewährt, zu verfürzen. Die Einzelstaaten haben lediglich Anspruch auf 10 Prozent als Entschädigung für die Veranlagung.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Ueber die Verwaltungskosten der Bundesstaaten sind Erhebungen im Gange. Herr Scheidemann scheint das Wesen unserer Tarifankünfte zu verkennen; sie bilden nicht eine Erleichterung des Handels, sondern sind auf seinen Wunsch eingeführt. Die neuen Bestimmungen über die Zollabfertigung von Kleie waren notwendig, weil große Mengen von Kleie mit einem größeren, als dem zulässigen Nehlgehalt eingeführt wurden. (Hört, hört! rechts.) Ueber die Zuwachssteuer schweben die Verhandlungen noch in Bremen. Das Reich ist nicht kompetent, die Verteilung wird auf Grund des § 58 der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben müssen. Der zollfreie Schiffsproviant beruht auf gesetzlicher Bestimmung. Die Marineverwaltung ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß auf die Zollbefreiung nur Anspruch bei wirklichen Auslandsreisen erhoben werden kann.

**Abg. Durchhardt (Wirtsch. Vgg.):** Mit ihrem Widerspruch gegen die Sozialpolitik schädigen die Sozialdemokraten die Interessen der deutschen Arbeiter. Redner spricht für einen erhöhten Zoll auf schwedische Plastersteine und wirft den Freihändlern unter der großen Heiterkeit der Linken Vaterlandsverrat vor.

**Abg. Graf Sacke (Antik.):** Auch der rückständigste sozialdemokratische Arbeiter (Große Heiterkeit) muß begreifen, daß mit dem Freihandel nichts anzufangen ist. Die Arbeiter sollten einsehen, daß ihnen die Sozialdemokraten das Brot wegnehmen. (Stürm. Heiterkeit b. d. Soz.)

**Abg. Wallenborn (Zentr.)** bestreitet, daß die Petitionen der Steinarbeiter zugunsten des Plastersteinzolles von den Steinbruchbesitzern veranlaßt seien.

**Abg. Graf Kanitz (konf.):** Die Nationalliberalen behaupten, der Freihandel habe sich zum Schutzoll belehrt. Hier aber fordern die Herren Gothein und Kämpf den Abbau der Schutzgölle. Wie weit? Etwa gar bis zum Null-Punkt? Zwar haben die östlichen Steinarmen Provinzen Interesse an der zollfreien Einfuhr schwedischer Plastersteine. (Hört, hört!) Aber im Interesse des Schutzes der gesamten nationalen Arbeit und der 50.000 Steinbrucharbeiter treten wir doch für einen solchen Zoll ein.

**Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):** Die statistischen Unterlagen der Herren Schutzgölle sind falsch; es dürfte sich nicht um 50.000, sondern nur um etwa 20.000 Steinbrucharbeiter handeln. Bei dem Brauntweinsteuergesetz handelt es sich bekanntlich um eine außerordentliche komplizierte Materie. Das ganze Gesetz läuft auf Begünstigung der Großen und auf Schädigung der Kleinen heraus. Das ist ja auch die ganze Tendenz der Reichsfinanzreform gemeldet. (Sehr wahr! links.) Nun sind nach langer Mühe in das Gesetz ein paar Erleichterungen für die schwer geschädigten kleinen Brennereien hineingekommen. Zu ihren Gunsten sind im Bundesrat Bestimmungen eingebracht worden, aber er macht davon keinen Gebrauch. (Hört, hört!) Bekanntlich ist der Brauntweinsteuern zurückgegangen, einmal durch die höhere Besteuerung, zum anderen durch den Schnapsbottel.

über dessen ethische Absichten und Wirkungen ich mich hier verbreiten will. Und hier äußern sich nun die verhängnisvollen Folgen des Gesetzes für die kleinen Brennereien. Diese werden um so schlimmer getroffen, als es sich durchweg um Leute handelt, die Produkte verarbeiten, die schon von der Branntweiner gekoffen werden. Das ist eine von den Unstimmigkeiten, von welchen die ganze Reichsfinanzreform wimmelt. Warum macht der Bundesrat keinen Gebrauch von seinen Vollmachten zugunsten der kleinen Brenner? Ich bitte endlich um eine kluge und klare Antwort. (Sehr wahr! bei den Soz.)

**Abg. Vogel (nat.)** hält einen angemessenen Schutz Zoll auf Plastersteine für notwendig. Schweden werde sich schon hüten, einen Zollkrieg zu beginnen. Redner bestreitet die Angaben Scheidemanns über die Rentabilität der Plastersteinindustrie.

**Abg. Dr. Barenhorst (Vpt.):** wünscht Vereinfachungen in der Zollverwaltung.

**Abg. Dr. Dahlem (Zentr.):** die Klagen über die schematisch-bureaucratische Handhabung des Brauntweinsteuergesetzes sind durchaus berechtigt. Der Bundesrat sollte wirklich von seinen Vollmachten Gebrauch machen. Redner tritt für den Plastersteinzoll ein; wenn wir mit der Erörterung dieser Fragen warten, bis der schwedische Handelsvertrag kommt, dann ist es zu spät. (Sehr wahr! rechts.) Das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme der Fortschrittler und Sozialdemokraten, ist für das Aufheben der Zollfreiheit der Plastersteine. (Heiterkeit links.)

**Abg. Etalle (Soz.):** Im vorigen Jahre habe ich mich beim Reichsschatzsekretär erkundigt, wie es mit der Aufhebung der Einfuhrzölle stehe. Die Frage ist akut geworden. Im vorigen Jahre hat die Reichskasse durch die Einfuhrzölle einen Verlust von 11 Millionen Mark in drei Monaten erlitten. (Hört, hört! bei den Soz.) Wären nicht die ungeheuren Ausfälle durch die Aufhe-

brämien entfallend, so wäre das Geld da für die Witwen- und Waisenversicherung. (Sehr wahr! bei den Soz.)

### Die Aufhebung des Identitäts-Nachweises

hat die verhängnisvolle Wirkung der Einfuhrzölle verstärkt und die Schädigung der Witwen und Waisen vermehrt. Auf Kosten der Armen erhöhen die Großgrundbesitzer ihre Profite. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sollte denken, die Regierung müsse es als ihre Ehrenpflicht betrachten, hier Wandel zu schaffen. Aber sie steht ja unter dem Kommando der Agrarier. Wenn es sich um agrarische Interessen handelt, dann wird mit allem Hochdruck gearbeitet, wie wir es jetzt erst wieder bei den Schiffsabgaben sehen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die neuesten Bestimmungen über die Zollabfertigung von Kleie sind sehr geeignet, die kleinen Landwirte zu schädigen. Gerade die kleinen Bauern bedürfen der Kleie als Futtermittel, während die Großgrundbesitzer weniger daran interessiert sind. Wir werden nicht verzeihen, den kleinen Bauern klar zu machen, wie ihre Interessen von den Schutzparteiern vernachlässigt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Wir erheben erneut die Forderung, daß die Einfuhrzölle beseitigt werden, damit nicht länger die Interessen des Reiches und die Interessen der Witwen und Waisen geschädigt werden zugunsten der Taschen der Großgrundbesitzer, der Börsenspekulanten und der Getreideexporteure. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Marx (Str.)** spricht sich für die Resolution auf „angemessenen“ Zollschutz der Steinindustrie aus und verlangt auch einen Schutzoll für die Nitritindustrie.

**Abg. Siebenbürger (konf.):** Die zollfreie Einfuhr von Kleie ist zur zollfreien Einfuhr von Mehl benutzt worden. Es ist auf das diesem Mißbrauch ein Ende gemacht. Damit schließt die Diskussion. Der Titel „Zölle“ wird bewilligt, die Plasterstein-resolutionen werden angenommen.

Beim Titel „Brauntweinsteuernachzahlung“ bemerkt **Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.)**, daß die Regierung leider keinen Gebrauch von der Befugnis gemacht hat, Brennereien bis zu 30 hl abzufinden, wodurch die kleinen Brennereien bis zur Uebergangszeit geschützt werden sollten.

Beim Titel „Reichsstempelausgabe“ begründet **Abg. v. Westarp (konf.)** eine Resolution, die verlangt, daß die Talonsteuer bei der Erneuerung abgelassener Gewinnanteil-Schein- und Zinscheinbogen auch der ausländischen Papiere erhoben wird, wenn die Bogen an inländische Besitzer der Wertpapiere ausgegeben werden.

**Abg. Speck (Str.)** erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu dieser Resolution und regt eine Kontrolle des Buchmacherwesens an. Reichsschatzsekretär Wermuth erklärt eine Umänderung des Talonsteuergesetzes sowie der Ausführungsbestimmungen nicht für tunlich.

**Abg. Kempf (Vpt.)** und **Abg. Dertel (Nat.)** wenden sich gegen die Resolution Westarp.

**Abg. Geßner (Vpt.):** Eine Kontrolle der Buchmacher wird unmöglich sein, solange der Staat selbst vom Totalfaktor Gewinn ziele. Das ist umso verwerflicher, als das Weizen beim Sport eine ernste Gefahr für unser Volkstum bildet.

**Abg. Frh. v. Heberstein (konf.):** Wir können auf den „Totalfaktor“ im Interesse der Pferdezucht nicht verzichten.

Beim Titel „Zuwachssteuer“ trägt **Abg. Dr. Neumann-Doser (Vp.)**, ob der Titel mit 13 Millionen Mk. eingeleitet werden soll, da das Gesetz doch wesentliche Abänderungen erfordern habe.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Heute ist der 1. April. (Große Heiterkeit.) Das Zuwachssteuergesetz ist heute erst in Kraft getreten und ich kann mich daher nicht verbürgen, daß die eingeleiteten 13 Millionen Mark auch wirklich einkommen werden.

Beim Titel „Erbchaftsteuer“ beschwert sich **Abg. Lehmann-Wiesbaden (b. l. Fr.)** über Härten bei der Ausführung des Erbchaftsteuergesetzes in Weimar und wendet sich gegen die Ausdehnung der Erbchaftsteuer auf Gatten und Kinder.

**Abg. Gothein (fortsch. Vp.)** stellt aus einer früheren Ausgabe des Handbuchs des Bundes der Landwirte vor, wie anders einmals Dr. Dertel über die Erbchaftsteuer gedacht habe, und tadelt, daß die Schenkungssteuer auf Zuwendungen an wohlthätige Anstalten Anwendung findet, während Ueberweisungen an den Bund der Landwirte steuerfrei bleiben.

Schatzsekretär Wermuth verweist sowohl den **Abg. Lehmann-Wiesbaden**, als auch den **Abg. Gothein** an die Landesinstanzen.

**Abg. Rogalla v. Wierstein (konf.)** erklärt, bei der 2. Lesung auf die Sache zurückkommen zu wollen.

Beim Titel „Statistische Gebühren“ verlangt **Abg. Giesbertz (Zentr.)** eine umfassende Statistik über Umfang und Verwendung der gesamten direkten und indirekten Reichs-, Staats- und Gemeindesteuer damit das Volk nicht länger den Steuerverträgen nachlaufe. (Große Heiterkeit links.)

Es folgt der Etat des Reichsschatzamts. Die Beratung über die Resolutionen betreffend das Börsengesetz wird für die Zeit nach den Osterferien zurückgestellt.

**Abg. Erzberger (Zentrum)** wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf weitere Unterstützung der Tabakarbeiter. Der Antrag sei rein agitatorisch. Von irgend welcher beträchtlichen Arbeitslosigkeit könne keine Rede sein. (Bravo! im Zentrum.) Noch weniger sei unter den Bündholzarbeitern eine Arbeitslosigkeit vorhanden; wie können die Sozialdemokraten beantragen, 400.000 Mark zu bewilligen, wo es sich im ganzen um 25 Arbeiter handelt. (Hört, hört! im Ztr.)

Reichsschatzsekretär Wermuth: Die in der Bündholzarbeit arbeitslos gewordenen Arbeiter haben fast sämtlich in anderen Industrien Unter- und Aufstellungen gefunden; es liegt also kein Anlaß vor, für sie den Antrag der Sozialdemokraten entsprechend 400.000 Mark zu bewilligen. Für die Tabakarbeiter habe ich noch über die vorgelegene Summe von einer Million und der Nachbewilligung von dreieckigen Millionen fast zwei Millionen aus dem zur Schuldentilgung bestimmten Fonds verwendet; besondere Not zu lindern, bin ich auch in Zukunft bereit, aber eine weitere Million für diesen Zweck zu bewilligen, wäre ganz unangebracht. (Bravo! rechts u. l. Ztr.)

**Abg. Dr. Sauge (Nat.)** tritt für den nationalliberalen Antrag ein, der einen Nachtragsetz fordert, um den durch das Tabakarbeitergesetz geschädigten Tabakarbeiter die ihnen gesetzlich zustehende Unterstützung bis zum 15. August 1911 gewähren zu können.

**Abg. Geyer (Soz.):** Wir beantragen in den Etat einzustellen eine Million für die arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter um 400.000 Mark für die Bündholzarbeiter. Wir wollen die Hilfeleistung der Arbeiter nicht der Regierung überlassen, sondern die Summe durch den Reichstag festlegen. Daß die Not der Tabakarbeiter noch sehr groß ist, hat auch der schriftliche Tabakarbeiter-Bericht anerkannt. Noch in diesem März haben eine ganze Reihe von Fabriken ihre Betriebe geschlossen. (Hört, hört!) Viele andere Fabriken haben sich mit Arbeitsbeschränkungen begnügt, die natürlich auch große Lohnausfälle im Gefolge hatten. Die Arbeiter haben gelegentlich Anspruch auf Unterstützung. Die Ausführungsbestimmungen werden außerordentlich rigoros behandelt; die Schuld an der Mehrheit des Reichstages. Sollte unsere Resolution in angenommen werden, so sollte der Reichstag doch wenigstens die nationalliberale Resolution annehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

**Abg. Frh. von Nächstofen (konf.)** wendet sich gegen die nationalliberale und gegen die sozialdemokratische Resolution.

**Abg. Geßner (fortsch. Vp.)** befragt die nationalliberale Resolution. **Abg. Brey (Soz.):** Den Bündholzarbeitern ist eine Unterstützung in Aussicht gestellt worden. Es ist eine übertriebene Behauptung, daß nur 25 Bündholzarbeiter arbeitslos sind; das ist nicht Steuergerechtigkeit schaffen, durch die die Arbeiter Geld verdienen und sich dann nicht weiter um diese kümmern. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

